

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschluß: Tagesblatt Riesa.
Genral Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 153.
Groschasse Riesa Nr. 52.

Nr. 10. Mittwoch, 13. Januar 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Anzeigungsverträge werden nicht auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Notationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübnermann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Deutscher Reichstag.

13. Berlin, den 13. Januar 1926.

Am Regierungstische: Arbeitsminister Dr. Brauns.

Präsident Koebke begrüßt die Abgeordneten in der ersten Sitzung des neuen Jahres.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist

Abg. Hädel (Komm.) auf die wachsende Zahl der Erwerbslosen und beantragt Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Der Antrag wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Das Abkommen mit Haiti über die Aufhebung des Auslieferungsverfahrens wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt der Gesetzentwurf zur Änderung der Vorlage über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Nach der Vorlage soll die Zahl der Mitglieder, bei deren Heberschreitung die Generalversammlung in Form einer Vertreterversammlung abzuhalten ist, von 10 000 auf 3000 herabgesetzt werden.

Abg. Öhrle (Komm.) bekämpft die Vorlage, die das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder zu Gunsten der Genossenschaftsbürokraten untergrabe.

Die Abg. Bormann (Wirtsch. Vereinig.), Peine (Soz.) und Schlad (Str.) treten für die Vorlage ein.

Die Vorlage wird dann einstimmig angenommen.

Es folgt dann die erste Lesung der

Vorlage zur Änderung des Reichs-Knappschaftsgesetzes.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns leitet die Beratungen ein. Die für wünschenswert erachtete Familienkassenpflege sei von den meisten Knappschaftskassen abgelehnt worden. Sie werde jetzt durch die vorliegende Novelle zur Pflichtleistung gemacht. Andererseits hätten sich die Ausgaben für die Altersrenten zu erhöhen, die die Knappschaftskassen in ihrem Weiterbestehen gefährdet seien. Der Entwurf will einen Ausgleich zwischen den sozialen Bedürfnissen der Bergarbeiter und ihrer Familien einerseits und den berechtigten wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Bergbaus andererseits herbeiführen. Für die Einführung der Familienhilfe sprechen vor allem bevölkerungspolitische Gründe und der Gesichtspunkt, daß den Versicherten in erster Linie Sachleistungen gewährt werden sollen. Der Entwurf beschließt weiter einzelne, hinsichtlich des Ausmaßes entscheidende Leistungen aus der Knappschaftlichen Pensionsversicherung herabzumindern.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen.

Das Haus verläßt sich.

Mittwoch 2 Uhr: Handelsprovisorium mit Spanien.

Abkommen mit den Niederlanden. Reichs-Knappschaftsgesetz. Die Anträge wegen der Hochwasserkatastrophe werden vorwiegend am Donnerstag behandelt werden.

Schluss nach 1/5 Uhr.

Die Fraktionsitzungen im Reichstage.

13. Berlin. Nach der Plenarsitzung traten am Dienstagabend die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Demokraten zu den ersten Sitzungen im neuen Jahre zusammen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hielt nur eine kurze Sitzung ab, in der festgestellt wurde, daß die Fraktion an ihren bisherigen Beschlüssen in der Frage der Regierungsbildung festhält und keinen Anlaß zu einer neuen Stellungnahme sieht. Die Sitzung wurde bald am Mittwoch nachmittag vertagt.

Die demokratische Reichstagsfraktion nahm den Bericht des Fraktionsvorsitzenden Koch-Beser über seinen Besuch beim Reichspräsidenten entgegen und beschäftigte sich dann mit der Frage der Fürknenabfindung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Auch die Sitzung der Zentrumsfraktion war nur von kurzer Dauer. Man beschäftigte sich mit den laufenden Angelegenheiten, u. a. mit den Anträgen zur Hochwasserkatastrophe.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion erledigte ebenfalls nur die laufenden Angelegenheiten.

Der Auswärtige Ausschuss

des Reichstags, der heute zusammengetreten sollte, ist auf morgen Donnerstag vertagt worden.

Im Reichstag

tagten heute nur die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Der Aeltestenrat veranlaßt sich um die Mittagsstunde, um den Geschäftsplan für die nächste Woche aufzustellen.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Abg. Müller-Franken übermittelte heute den Abg. Fehrenbach (Z.) und Koch-Beser (Dem.) den ablehnenden Bescheid der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Frage der Großen Koalition. Die Abg. Fehrenbach und Koch werden sich noch im Laufe des heutigen Tages zum Reichspräsidenten begeben, um ihm davon Mitteilung zu machen, daß auch der letzte Versuch zur Bildung der Großen Koalition gescheitert ist.

Die Bildung der Großen Koalition gescheitert.

Reichskanzler Dr. Luther mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Dr. Luther nimmt an.

Um 11 Uhr beauftragte der Herr Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Luther mit der Regierungsbildung. Dr. Luther hat diesen Auftrag angenommen.

Dr. Luther wird noch heute die für die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien führen empfangen. Am Abend werden dann die Fraktionen zur Regierungsbildung Stellung nehmen.

Berlin. (Zuspruch.) Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wurde nach dem Empfang der Abgeordneten Fehrenbach und Koch beim Reichspräsidenten, die diesem mitteilten, daß die Bildung der Großen Koalition nicht möglich sei, der bisherige Reichskanzler Dr. Luther mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Fehrenbach und Koch bei Hindenburg.

Berlin. (Zuspruch.) Der Herr Reichspräsident dankte beim Empfang der Abgeordneten Fehrenbach und Koch beiden Herren für ihre Bemühungen. Er erklärte, nachdem alle Versuche zur Schaffung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit gescheitert seien, werde er nunmehr eine neutrale Regierung der Mitte schaffen. Er ermahnte beide Parteiführer, ihn angesichts der Notlage des Vaterlandes hierbei kräftig zu unterstützen. Die Abgeordneten Fehrenbach und Koch erklärten sich zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit.

Die Sozialdemokraten lehnen die Große Koalition ab.

13. Berlin. Die Fraktionsitzung der Sozialdemokratischen Partei des Reichstags war um 10 Uhr abends zu Ende. Die Fraktion gab bald darauf folgende Nachricht bekannt:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in den Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition Forderungen aufgestellt, deren Durchführung durch die Annahme der Not nur noch dringender geworden ist. Sie hat durch ihren Beschluß vom 16. Dezember feststellen müssen, daß infolge mangelnden Entgegenkommens der Deutschen Volkspartei in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen den Bemühungen des Abg. Koch kein Erfolg beschieden war. Sie hat daher in den Formulierungen, die ihr als Ergebnis der geführten Verhandlungen vorgefaßt wurden, eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erblicken können.

Die sozialdemokratische Fraktion muß feststellen, daß Gründe für eine Änderung ihrer Haltung nicht vorliegen. Es besteht kein Anzeichen dafür, daß die Deutsche Volkspartei ihren bisherigen Rechtskurs aufzugeben gewillt ist. Die Volkspartei hat daher auch in den bisherigen Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition einen ernstlichen Willen zur Zusammenarbeit nicht erkennen lassen. Es war insbesondere die Deutsche Volkspartei, die der sozialdemokratischen Forderung über den Achtstundentag die Zustimmung verweigerte, die sich im sozialpolitischen Ausschuss gegen die sozialdemokratischen Anträge zur Erwerbslosenfürsorge erklärte und die in der Frage der jetzt zum öffentlichen Skandal gewordenen Fürknenabfindung die sozialdemokratischen Forderungen zurückwies.

Deshalb erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition keine Grundlage besteht.

Wie wir hören, ist diese Entscheidung der Fraktion mit großer Mehrheit zustande gekommen.

Aeltestenrat des Reichstags.

Berlin. (Zuspruch.) Der Aeltestenrat des Reichstages einigte sich heute dahin, daß am Mittwoch und Donnerstag die Novelle zum Knappschaftsgesetz und am Freitag die Anträge zur Hebung der Hochwasserkatastrophe beraten werden sollen. Sonnabend, Montag und Dienstag sollen für die Vorbereitung der neuen Regierung von Plenarsitzungen freibleiben und am Mittwoch soll möglichst die Regierungserklärung und anschließend die erste Lesung des Etats erfolgen. Der Aeltestenrat hat sich weiter darüber verständigt, daß ein interfraktioneller Ausschuss für Anfragen und ein interfraktioneller Ausschuss für die mit der Frage der Verbesserung zusammenhängenden Fragen dem Reichstag eingeleitet werden sollen.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen hört, wurde im Aeltestenrat noch angeregt, doch endlich die dritte Lesung des Haushaltsplanes für 1924 und 1925 zum Abschluss zu bringen, nachdem bereits jetzt der Haushaltsplan für 1926 vorgelegt worden ist. Es wurde vorgeschlagen, die beiden Haushaltspläne in Vorschub und Vogen in ein oder zwei Sitzungen zu erledigen. Die Sozialen und Kommunisten erklärten sich gegen diese Anregung, die Sozialdemokraten beschließen sich ihre Entscheidung vor. Der Präsident wird bis zur nächsten

Sitzung des Aeltestenrates die technische Durchführung des

Vorschlages prüfen. In der nächsten Woche werden auch die Anträge besprochen werden, die die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der Bismarckdenkmäler betreffen.

Dr. Luther ein Jahr Reichskanzler.

13. Berlin. Am 15. Jan. ist ein Jahr veranangen, seit dem Dr. Hans Luther die Geschicke des Deutschen Reiches als Reichskanzler leitet. Luther ist am 10. März 1876 in Berlin als Sohn eines Kaufmanns geboren. Nach Abschluss seiner Studien trat er in den Kommunaldienst ein und wurde schon mit 34 Jahren zum Vorsitzenden des Deutschen Städtetages gewählt. 1918 wählte ihn die Stadt Offen zum Oberbürgermeister. Seine mannhafte Haltung als solcher beim Aufbruch des Jahres 1918. Reichskanzler Luno berief ihn zum Reichsernährungsminister und Dr. Stresemann zum Reichsfinanzminister. Die Stabilisierung unserer Währung ist seiner Tatkraft mit zu verdanken. Unter Marx behielt Dr. Luther seinen Posten und hatte dabei auch Gelegenheit, auf der Londoner Konferenz für Deutschland zu wirken. Sein letztes hervorragendes Werk in der Vergangenheit, das er mit Dr. Stresemann gemeinsam durchführte, ist das Vertragswerk von Locarno.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

(Mitsamtlicher Bericht.)

Stadtver. Günther (Soz.) als Vorkteher des Kollegiums gewählt.

Eine umfangreiche Tagesordnung lag der gestern abend von 6.30 Uhr in der Aula der Oberrealschule stattgefundenen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten, der ersten in diesem Jahr, zur Erledigung vor. Die zahlreichen Beratungsgegenstände wurden zum größten Teil ohne umfangreiche Aussprache erledigt, so daß die ursprünglich auf der Tagesordnung befindlichen 10 Punkte in verhältnismäßig kurzer Zeit durchberaten wurden. Die Dauer der Sitzung wurde aber durch ein von den Mieterräten der Siedlung „Neue Hoffnung“ eingebrachtes Schreiben, sowie durch 2 von der komm. Fraktion eingebrachte Dringlichkeitsanträge, deren Beratung der Tagesordnung angeschlossen wurde, wesentlich verlängert, so daß die öffentliche Sitzung erst um 9 Uhr ihr Ende erreichte. Anwesend waren von 33 Mitgliedern des Kollegiums 22. Entschuldigt fehlte Herr Stadtver. Schiller (Bürgerl.). Am Mitsitzende hatten die Herren Erster Bürgermeister Dr. Scheider, Bürgermeister Hans, Stadtrat Dr. Quackmalz und Stadtrat Matthias Platz genommen. Außerdem wohnte Herr Verwaltungsdirektor Günther der Sitzung bei. Der Auditorium war gut besetzt.

Die Sitzung eröffnete der bisherige Stadtver.-Vorkteher Herr Rende. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die

Wahl des Vorkteher und zweier Stellvertreter für ihn.

Herr Stadtver. Schneider (Soz.) schlug im Auftrage seiner Fraktion vor, den bisherigen ersten Stellvertretenden Vorkteher Herrn Günther (Soz.) zum Stadtver.-Vorkteher zu wählen. Von der SPD-Fraktion wurde sodann vorgeschlagen, die Wahl des Vorkteher durch Zuzug vorzunehmen. Widerspruch erfolgte nicht. Die bürgerliche Fraktion, die bekanntlich den Standpunkt vertritt, daß der bürgerlichen Fraktion das Amt des Stadtver.-Vorkteher zusteht, verzichtete auf weitere Vorschläge und so galt

Herr Stadtver. Günther als Vorkteher

gewählt. Die bürgerliche Fraktion besteht aus 14 Mitgliedern, während die SPD-Fraktion nach der Einverleibung der früheren Gemeinde Merzdorf 15 Mitglieder stark ist. Die SPD ist mit 4 Vertretern die schwächste Fraktion.

Der bisherige Vorkteher Herr Rende beklagte die Beschränkung der Herrschaft zu der auf ihn gefallenen Wahl und bat ihn, die Geschäftsführung zu übernehmen.

Im Namen des Rates sprach Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider dem neugewählten Stadtver.-Vorkteher die Glückwünsche aus. Er bat Herrn Günther, wie früher dafür einzutreten, daß das bisherige gute Einvernehmen zwischen Rat und Stadtverordneten-Kollegium auch künftig erhalten bleibe. Auch seitens des Rates werde alles geschehen, wodurch ein gedeihliches Zusammenarbeiten zum Segen der Stadt gewährleistet werde.

Herr Vorkteher Günther dankte für die ausgesprochenen Glückwünsche. Er versprach, jederzeit bemüht zu sein, strenge Objektivität zu wahren und dafür einzutreten, daß im Kollegium Erspriechliches für die Stadt geleistet werde. Dem bisherigen Vorkteher Herrn Rende widmete er für seine unparteiische Geschäftsführung namens des gesamten Kollegiums Worte warmen Dankes. Das Ergebnis der heutigen Wahl sei nicht damit begründet, daß es als ein Mißtrauen gegen die Geschäftsführung anzusehen sei. Wenn Herr Rende bei seiner vorjährigen Wahl erklärt habe, daß er bedauere, daß die politische Zusammenfassung des Kollegiums den Ausgang der Wahl bedingt habe, so gebe er (Rende) diese Erklärung heute seinem Vorgänger mit denselben Gefühlen zurück.

Unter der Leitung des Vorkteher Herrn Günther wurde nunmehr die Sitzung fortgesetzt.

Wahl des 1. Stellvertreter des Vorkteher.

Die SPD-Fraktion schlug Herrn Stadtver. Vietor für das Amt des 1. Stellvertreter vor, während die bürgerliche Fraktion Herrn Stadtver. Tröger in Vorschlag brachte. Da zwei Vorschläge erfolgt waren, mußte die Wahl durch Stimmzettel vorgenommen werden.

Es erhielten die Herren

Stadtver. Tröger 15 Stimmen

„ Vietor 4

15 Stimmzettel waren unbeschrieben. Herr Stadtver. Tröger (Bürgerl.) wurde somit zum 1. Stellvertreter des Vorkteher gewählt. Er wurde durch Herrn Vorkteher Günther beglückwünscht.

Als 2. Stellvertreter der Vorkteher wurde von der SPD-Fraktion Herr Stadtver. Vietor vorgeschlagen. Da weitere Vorschläge nicht erfolgten, galt Herr Stadtver. Vietor (SPD) als 2. Stellvertreter des Vorkteher gewählt.

Als Schriftführer

wurde der bisherige bewährte Schriftführer, Herr Stadtver. Kreß, einstimmig wiedergewählt. Auch er erklärte sich zur Weiterführung des arbeitsreichen Amtes bereit.

Nach Erledigung der Wahlen wurde in die Beratung der übrigen Tagesordnungspunkte eingetreten.

Wahl eines Stadtverordneten in den Schulbezirk vorhand und in den Schulausschuß.

Durch die erfolgte Zusammenlegung der Gemeinden Merzdorf und Niesitz ist die frühere Gemeinde Merzdorf als solche aus dem Schulbezirk ausgeschieden, weshalb sich die Zuwahl eines Stadtverordneten in die obengenannten Körperschaften notwendig macht. Es wurde von der SPD-Fraktion Herr Stadtver. Schumann (Soz.) vorgeschlagen. Weitere Vorschläge erfolgten nicht. Herr Schumann galt somit als gewählt.

Nachtrag zur Verfassung der Stadt Niesitz vom 18. 3. 1924 betr.

Obiger Nachtrag, der durch die Novelle zur neuen Gemeindeordnung notwendig geworden ist, lag den Stadtverordneten im Entwurf vor. Derselbe umfaßt 16 Punkte. Er wurde, nachdem ein Zusatzantrag der SPD-Fraktion zur Fassung des Punktes 11 angenommen worden war, nach welchem die Besetzung bestimmter Beamtenstellen der Zustimmung der Stadtverordneten bedarf, vom Kollegium genehmigt.

Wahl eines Mitgliedes in den Bekleidungs-Ausschuß. An Stelle des ausgeschiedenen Herrn Steinert wurde auf Vorschlag Herr Stadtver. Böls (SPD) in den Bekleidungs-Ausschuß gewählt.

Eintritt eines Vertreters der SPD in den Ausschuß für wirtschaftliche und Anstaltsfrage.

Auf Grund einer Auseinandersetzung im Stadtverordneten-Kollegium, in der es sich um die Mitarbeit der kommunikativen Fraktion in obigem Ausschuß handelte, hat der zuständige Ausschuß beschloffen, der SPD-Fraktion und der SPD-Fraktion zu empfehlen, eine Verständigung zwischen beiden Fraktionen herbeizuführen zu versuchen. Auch der Rat hat zu dieser Frage beschloffen, die Regelung der Angelegenheit dem Stadtverordneten-Kollegium zu überlassen.

Herr Stadtver. Horn (Soz.) gab die Stellungnahme seiner Fraktion bekannt. Es werde beantragt, den Ausschuß um zwei Sitze zu erweitern, die von Mitgliedern des Stadtverordneten-Kollegiums zu besetzen seien. Der Ausschuß befreite gegenwärtig aus insgesamt 28 Mitgliedern. Die Erweiterung desselben durch zwei Stadtverordnete erscheine als geboten und angemessen. Der Antrag wurde ausgeteilt und einstimmig angenommen. Auf Vorschlag wurden die Herren Stadtver. Vietor (SPD) und Rende (Bürgerl.) dem Ausschuß zugewählt.

Errichtung eines Wasseramtes der Stadt Niesitz betr.

Durch Ausschleiden der Stadt Niesitz aus dem Bezirksverband Großhain ist die Errichtung eines Wasseramtes der Stadt Niesitz notwendig geworden. Das im Entwurf vorliegende Ortsgesetz besagt u. a.: „Zur Erledigung der im Sächsischen Wasserrecht vom 12. März 1909 dem Wasseramt zugewiesenen Aufgaben wird für den Verwaltungsbereich der befristeten Stadt Niesitz ein gemeinsamer Ausschuß gemäß § 180 des Wassergesetzes mit dem Namen Wasseramt der Stadt Niesitz gebildet. Das Wasseramt besteht aus zwei Staatsmitgliedern, darunter dem jeweiligen Deaconenten der Hauptpolizei als Vorsitzenden, drei Stadtverordneten und dem jeweiligen Vorkteher des kommunikativen Straßen- und Wasserbauamtes Meißner oder seines Stellvertreters. Als beratendes Mitglied gehört dem Ausschuß überdies der erste Beamte des Stadtbauamtes an. Die Mitglieder des Wasseramtes werden jeweils nach dem Zusammentritt eines neu gewählten Stadtverordneten-Kollegiums auf dessen Wahlzeit gewählt, erstmalig binnen vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Ortsgesetzes. Die Gewählten führen die Geschäfte bis zur Neuwahl fort. Das Wasseramt hat insbesondere die in den §§ 131 Abs. 1, 148 Abs. 1, 157 und 163 Abs. 2 des Wassergesetzes bezeichneten und sonst dem Wasseramt obliegenden Geschäfte zu erledigen.“

Das Ortsgesetz wurde genehmigt. — Vom Kollegium wurden in das Wasseramt gewählt die Herren Stadtver. Dr. Mühlmeier (Bürgerl.), Schneider (Soz.) und Hunold (SPD). Sie nahmen die Wahl an.

Abrechnung über den Kraftverkehr.

Ueber das Rechnungswert, das die Zeit vom 1. 7. 1924 bis 31. 3. 1925 umfaßt und in Einnahmen und Ausgaben mit 43 721,96 RM. abschließt, berichtete Herr Stadtver. Furmann (Soz.). Er wies auf die schwere wirtschaftliche Lage hin, mit der auch der städtische Kraftverkehr — trotz reger Benutzung seitens des Publikums — zu kämpfen habe. Die Unterhaltung des Betriebes erfordere sehr hohe Kosten. Alle Betriebsmittel seien im Preise gewaltig in die Höhe gegangen, so daß sich die Verluste kaum noch decken könnten und auch die für den Kraftverkehr aufgenommenen Anleihe müsse sehr hoch verzinst werden. Der Verkehrsausschuß habe deshalb bereits die Frage angestellt, ob man nicht schließlich auf eine Erhöhung des Jahrespreises zuzukommen müsse.

Herr Stadtver. Dr. Mühlmeier (Bürgerl.) erklärte zu obigen Ausführungen, die bürgerliche Fraktion sei der Meinung, daß der Zinsfuß der für diesen Zweck aufgenommenen Anleihe entscheidend zu hoch sei. Der Rat werde deshalb gebeten, energisch dafür Sorge zu tragen, einen billigeren Zinsfuß zu erreichen. Der zuständige Untersuchungsausschuß werde gern bereit sein, dem Rate untertänig zur Seite zu stehen. Die bürgerliche Fraktion brachte hierzu einen in obigem Sinne gehaltenen Antrag ein.

Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß es nicht möglich gewesen sei, seinerzeit Geld zu billigerem Zinsfuß zu erhalten. An energischem Vorgehen habe es wahrlich nicht gefehlt. Die obwaltenden Verhältnisse lägen zurzeit so, daß auch der eingebrachte Antrag nicht nützen werde, weshalb er bitte, den Antrag abzulehnen. Der Rat könne auch nach Annahme des Antrages nicht anders vorgehen. Die Anleihe sei angemeldet für die zu erwartenden Anleihemittel des Auslandes. Solange jedoch die erhofften Mittel nicht realisiert seien, könne nichts Bestimmtes unternommen werden.

Ramens seiner Fraktion beantragte Herr Stadtver. Ksbe, den Untersuchungsausschuß für Verkehrssachen die Berechnung zuzuerkennen, bei der fraglichen Anleihe angelegentlich fördernd mitzuwirken.

Darauf wurde die vorliegende Rechnung, die geprüft worden ist und von welcher auch der Rat Kenntnis genommen hat, richtiggeprochen.

Die vorstehenden Anträge wurden einstimmig angenommen.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des städtischen Gaswerkes u. des städtischen Wasserwerkes.

Von dem durch Herrn Stadtver. Wedbrodt (Bürgerl.) ausdrucksweise vorgetragenen Rechnungswerte wurde Kenntnis genommen. Das Kollegium erklärte sich damit einverstanden, daß die Summe beider Werke ineinander verrechnet und dadurch die Differenzen durch Ausgleich beseitigt werden. Um eine Erhöhung des Gaspreises zu vermeiden, soll demnach der Ueberschuß des Wasserwerkes den entfallenden Verlust des Gaswerkes decken.

Ablösung von Renten betr.

Auf Vorschlag der Mitteldeutschen Boden-Kredit-Anstalt, die Ablösung von Renten, zu deren Zahlung die Stadt durch die erfolgte Aufwertung verpflichtet ist, durch Zahlung von 988,12 RM. vorzunehmen, um dadurch die Wiedereintragung zu verhindern, erklärte sich das Kollegium bereit, auf den Vorschlag einzugehen und bewilligte den erforderlichen Betrag.

Von der erfolgten

Flußlinienfestsetzung für die Gartenstraße im Stadtteil Weida

nahm das Kollegium Kenntnis.

Nachverwilligung von 3500 RM. für den Erweiterungsbau des Gasanhaltswerkesbetriebs.

Bei der Ausführung obengenannter Erweiterungsbau hat sich herausgestellt, daß verschiedene Mängel dringend behoben werden müssen, für deren Abstellung die Kosten im Voranschlag nicht mit vorgesehen worden sind. Auf Grund des städtischen Gutachtens genehmigte das Kollegium einstimmig die vorgesehenen Ausbesserungsarbeiten und bewilligte die benötigten Mittel.

Beschaffung von Obdachlosenräumen in den Polizeigewahrsamsräumen.

In der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung vom 12. Dez. 1925 war bekanntlich beschloffen worden, baldmöglichst geeignete Räume zur vorübergehenden Unterbringung von Obdachlosen zu beschaffen. Dem Bauausschuß haben hierzu, wie Herr Stadtver. Willing (Bürgerl.) berichtete, 2 Vorschläge vorgelegen. Von der Benutzung einiger Räume im Grundstücke der Herberge zur Feimat habe man jedoch absehen müssen. Es sollen durch Umbau die zur Verfügung stehenden Räume in der Polizeiwache als Obdachlosenräume hergerichtet werden. Das Bauobjekt wurde genehmigt und die erforderlichen Mittel bewilligt.

Erteilung weiterer Dienstzimmer im Rathaus betr.

Durch Freiwerden der Pöppel'schen Wohnung im Rathausgebäude ist beabsichtigt, einige weitere Dienstzimmer

dieselbst zu erstellen. Auf Vorschlag des städtischen Bauamtes war beabsichtigt, 2 Zimmer dem Bauamt zur Verfügung zu stellen, 1 Zimmer solle zur Erledigung der Wohnberechnung dienen, während 1 Zimmer als Dienstraum für Herrn Stadtrat Quackmalz vorgesehen war. Die Kosten des Umbaus sind mit 4800 RM. veranschlagt worden.

Herr Stadtver. Dr. Mühlmeier bemerkte zu dem Bauvorhaben, daß sich die bürgerliche Fraktion nicht damit einverstanden erklären könne, daß hier eine vorhandene Wohnung völlig eingeengelt werden solle. Vielleicht ließe sich die Umstellung so regeln, daß wenigstens eine kleinere Wohnung erhalten bleibe. Die Fraktion beantragte deshalb die Angelegenheit nochmals an den Bauausschuß zur weiteren Prüfung zurückzuverweisen. — Der Antrag wurde, nachdem auch Herr Vorkteher Günther darauf hingewiesen hatte, daß man vor allem danach trachten müsse, wenigstens einige Zimmer als Wohnung zu erhalten, einstimmig angenommen.

Die Anschaffung eines fünften Autobusses beschloffen.

Der gestiegene städtische Kraftverkehr erfordert, wie der Berichterstatter Herr Stadtver. Dr. Mühlmeier mitteilte, dringend die Anschaffung eines fünften Autobusses. Trotz der heutigen Diminution auf die erheblichen Verluste, die der städtische Kraftverkehr erfordert, ständen wir vor der dringenden Notwendigkeit, die Zahl der vorhandenen Kraftwagen um eine Neubeschaffung zu erhöhen. Man stehe jetzt vor der Frage, entweder den Betrieb einzuschränken oder einen fünften Wagen zu beschaffen. Der Kauf würde etwa 30 000 RM. erfordern. Als Anschaffung würden 10 000 RM. benötigt, während die restlichen 20 000 RM. im Laufe des Jahres zahlbar sein würden. Der Verkehrsausschuß hoffe, die Mittel aus den Verkehrsaufnahmen aufzubringen. — Auf eine Anfrage des Herrn Vorkteher Günther erklärte Herr Stadtver. Dr. Mühlmeier, daß von 6 Firmen Kostenvorschläge eingeholt worden seien und daß man auch bei mehreren Stadtverwaltungen Auskunft über Stabilität usw. der in Frage kommenden Wagen erbeten und erhalten habe.

Das Kollegium erklärte sich grundsätzlich mit der Anschaffung eines fünften Wagens für den städtischen Kraftverkehr einverstanden.

Weiterführung des Zweckverbandes „Sächsische Landeshöhne“ betr.

Zu dieser Frage hatte die Berichterstatter Herr Vorkteher Günther übernommen. Wir werden hierüber noch eingehender berichten. In Kürze sei heute nur mitgeteilt, daß sich die bürgerliche Fraktion nicht ohne weiteres mit der beantragten endgültigen Weiterführung einverstanden erklären konnte. Sie beantragte vielmehr, mit Rücksicht darauf, daß sich die Hoffnung auf Finanzierung des Unternehmens in dem abgelaufenen ersten Geschäftsjahre nicht erfüllt habe, die Einrichtung vorläufig noch ein weiteres Jahr als Provisorium weiterbestehen zu lassen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktion abgelehnt, hingegen der zustimmende Vorschlag des Finanzausschusses und des Rates gegen 12 Stimmen angenommen.

Vertrag mit dem Spezialarzt Herrn Dr. Simon betr.

Auf Ansuchen des hiesigen Spezialarztes für Hals-, Hals- und Ohrenkrankheiten Herrn Dr. Simon, die Übernahme von Operationen im städtischen Krankenhaus zu genehmigen, hat der Krankenhausausschuß und auch der Rat beschloffen, dem Ersuchen stattzugeben. Auch das Kollegium erklärte sich einstimmig mit dem Vertragsabschlusse einverstanden. — Herr Stadtver. Vietor (Bürgerl.) regte an, daß diese Einrichtung nicht als Ausnahmebeispiel angesehen werden sollte, sondern daß sie auch anderen hiesigen Fachärzten zugestanden werden möchte.

Mit der vom Personalausschuß vorgeschlagenen Regelung der

Eingruppierung der städtischen weiblichen Beamten erklärte man sich einverstanden.

Unterstützung der „Volkshöhne“ betr.

In einer Eingabe hat der Verein „Volkshöhne“ um eine einmalige auslösende Unterstützung von 500 RM. gebeten. Herr Vorkteher Günther wies darauf hin, daß die „Volkshöhne“ bekanntlich gegründet sei, um ebenfalls die Kulturbewegung in der Einwohnerschaft zu pflegen. Der Verein bestrebe gegenwärtig aus über 300 Mitgliedern, er hoffe aber die Zahl seiner Mitglieder im Laufe des Jahres auf etwa 400 erhöhen zu können, um dann von einer Unterstützung absehen zu können.

Herr Stadtver. Schinkel (Bürgerl.) beantragte, die Vorlage zunächst zurückzustellen bis der Rat dazu Stellung genommen habe. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ratbeschluß, Anerkennung der Zinsen für von privater Seite gewährte Bauschulden bei Prüfung der Frage wegen Förderung einer Verzinsung der Bauschuldhypotheken.

Das Kollegium erklärte sich damit einverstanden, daß bei Prüfung der Frage wegen Förderung einer Verzinsung der Bauschuldhypotheken die für von privater Seite gewährten Bauschulden zu zahlenden Zinsen anerkannt werden. Durch diesen Beschluß soll vermieden werden, daß für in Frage kommende Wohnungen die Wohnungsmiete nicht höher als die ortsübliche Friedenswohnungsmiete zu stehen kommt.

Eingabe der Mieterräte der Mieter „Neue Hoffnung“.

Die Mieterräte der Mieter in Häusergruppe „Neue Hoffnung“ haben sich in einer Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium beschwerdeführend gegen die ihrer Meinung nach zu hohen Mieten für die von ihnen innehabenden Wohnungen und gegen den zu zahlenden hohen Gartenpacht.

Herr Vorkteher Günther bemerkte hierzu, daß es nicht angängig sei, heute zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen und die Frage in all ihren Einzelheiten zu prüfen. Er schloge deshalb vor, den Grundstücks- und Bauausschuß mit der Prüfung der Angelegenheit zu beauftragen mit dem Ersuchen, sich der Sache umgehend anzunehmen.

Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider teilte mit, daß bereits alles getan sei, um mit den fraglichen Mietern ins Einvernehmen zu gelangen; sie seien aber nicht zufriedenzustellen. Die zuständigen Stellen hätten es nicht daran fehlen lassen, ein Einverständnis zu erzielen. Es sei durchaus nicht richtig, wenn man annehme, man sei den Mietern nicht genügend entgegengekommen.

Die Vorlage wird sodann an den Grundstücks- und Bauausschuß verwiesen. Auf Vorschlag des Herrn Stadtver. Vietor (SPD) erklärte man sich damit einverstanden, daß zu den Beratungen einige Mieterräte mit hinzugezogen werden.

Dringlichkeitsanträge der SPD-Fraktion.

Der erste von der kommunikativen Fraktion eingebrachte Antrag fordert, daß auch den auf dem städtischen Regiebau beschäftigten Arbeitern ein Lohnvorschuß gewährt werden solle. Dieser Antrag wurde, nachdem Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider erklärend zu der Angelegenheit gesprochen hatte, auf Antrag der SPD-Fraktion dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Um die Abfindung der Fräuleinhaus.

Der zweite, ebenfalls von der kommunikativen Fraktion eingebrachte Antrag lautet:

„Das Kollegium beschließt, den Reichstag und den sächsischen Landtag zu ersuchen, alles ehemalige und

letzte Eigentum den Vorkriegsentscheidungen an...
Der Stadtv. Kleier begründete den Antrag damit, daß man der Meinung sein müsse, die Ansprüche der ehemaligen Fürsten seien unerschöpflich; sie bedeuteten einen Raubzug gegen das deutsche Volk.
Von der SPD-Fraktion sprach zunächst Herr Stadtv. Kitz zu diesem Antrage, wobei er besonders auf die landrechtlichen Bestimmungen Sachsens hinwies und den Antrag in der vorliegenden Form als nutzlos bezeichnet. Ein zur vorliegenden Frage inzwischen von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachter Antrag lautete: Das Volk erhebt den Reichstag um ein Gesetz mit dem Ziele der entschädigungslosen Enteignung der ehemaligen deutschen Fürsten.
Nachdem Herr Stadtv. Schinkel (Bürgerl.) darauf hingewiesen hatte, daß beide Anträge für die Rechte nicht in Frage kommen könnten, wurde der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt, der Antrag der SPD-Fraktion aber gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Spende für das häßliche Giftswert.
Herr Stadtv. Schinkel gab Kenntnis davon, daß die Mitglieder der bürgerlichen Fraktion aus den Beiträgen der feineren Schichten die Erhöhung der Aufwandsentschädigung dem häßlichen Giftswert 400 Mark überwiesen haben.
Darauf erreichte die öffentliche Sitzung um 9 Uhr ihr Ende.

Vertikales und Schräges.

Mies, den 13. Januar 1926.

Wettervorhersage für 14. Januar. (Mitgeteilt von der Städt. Landeswetterwarte zu Dresden.)
Wiederholend bewölkt. Nur geringe Niederschläge. Temperaturen wenig verändert. Nachland schwache bis mäßige, Gebirge lebhaftere Winde, vorwiegend aus östlichen Richtungen. Abnormer Winterwettercharakter der nächsten Tage: Voraussichtliche Temperatur.

Daten für den 14. Januar 1926. Sonnenaufgang 8,07 Uhr. Sonnenuntergang 4,18 Uhr. Mondaufgang 8,07 Uhr. Wobuntergang 4,39 Uhr. Unsichtbare Sonnenfinsternis. Neumond. — 1814: Schwedisch-dänischer Friede in Kiel. 1915: Sieg der Deutschen bei Tannenberg (12. bis 14.). 1916: Zusammenbruch der russischen Front in Ostpreußen („Neujahrsnacht 1916“). 1924: Der Dichter Arno Garborg in Nordeger (geb. 1851).

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern abend auf einem Rindviehweideplatz in der Gegend der Talschloß-Industrie, der durch den Dampfer „Gannover“ der Neuen Deutschen Elbfischerei A.-G. dorthin geschleppt worden war und vor Anker gehen wollte. Beim Verlassen des Ankers wurde ein an der Winde festsitzender Bootsmann durch die ruckelnde Winde derart in den Arm gefaßt, daß ein doppelter Bruch desselben festzustellen wurde. Der Schwerverletzte wurde mittels Autos nach dem hiesigen Krankenhaus transportiert. Ein zweiter Bootsmann, der auch von der Winde getroffen worden war, wurde ebenfalls arbeitsunfähig und begab sich nach seinem Heimatort.

Wer weiß es was? Im Juli 1925 ist in Dresden ein 18-jähriger Grubenarbeiter festgenommen worden, der ein Verbrechen, Marke „Prima“, Nummer 66517, schwarzer Rahmenbau, hochbeugene Ventillänge, mit schwarzen Griffen, gelbe mit schwarzen Streifen abgesetzte Felgen, vernickelte Speichen, Pedale ohne Gummi, schwarze Sattel, Torpedofederlauf, grüne Gummibereifung, bei sich geführt hat. Er will das Fahrrad am 9. 7. 1925, vormittags 1/9 Uhr, an der Elbbrücke in Mies von einem Hubelknecht gekauft haben. Personen, die über den Verkauf des Fahrrades oder sonst über die Herkunft desselben sachdienliche Angaben machen können, werden gebeten, es dem Kriminalpolizei Mies mitzuteilen.

Gedenktage für die Opfer des Krieges. Der Volksbund „Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ hat mit Zustimmung des deutschen evangelischen Kirchenrats und des Kirchlichen Ausschusses von Dresden beschlossen, die von ihm im Jahre 1925 am 6. Sonntag vor Ostern veranstaltete Gedenktage für die Opfer des Krieges im Jahre 1926 auf den 6. Sonntag vor Ostern, den 28. Februar, zu verlegen. Auf seine Anregung hat die Reichsregierung die Landesregierungen gebeten, darauf hinzuwirken, daß dieser Tag allgemein als Gedenktage für die Opfer des Krieges begangen und die Anordnungen hierfür im Verwaltungswesen getroffen würden, insbesondere dafür zu sorgen, daß aus Anlaß dieses Tages die Gebäude halbtags flagen. Die Beflaggung der Reichsgebäude ist angeordnet.

3. Kunstabend. Der 3. Kunstabend führte zum zweiten Male den Klaviervirtuosin Mitja Ritsch her. Mit Beifall begrüßt, „am er, wolle und liebt“. Technische Schwierigkeiten scheint es für den immerhin noch jugendlichen Künstler nicht mehr zu geben. Doch liegt sein Hauptvergnügen wohl darin, daß er vermag, dem toten Klavier eine Seele zu verleihen; unter seiner feinen Anschlagskunst erblühen alle Farben des Klaviers. Sicher ist er unter den Virtuosen einer der Auserwählten. Der Künstler hat uns diesmal zunächst Seb. Bachs herbes Thema: „Weinen, Klagen, Sorgen, Jagen, sind der Christen Tränenbrot“, das allezeit in den Klavier-Variationen durchgeföhrt wurde und in großer Wirkung brachte. Es folgte die schwierige, eigenartige Sonate in Fis-Dur von dem Russen Alexander Strjabin, wobei wir Gelegenheit hatten, sein ausgezeichnetes musikalisches Gehörnis zu bewundern. Den Schluß bildeten Schumanns Bilder des einstmaligen größten Pianisten Franz Liszt, die freilich mitunter dem Salonstil ziemlich nahe kommen. Hier zeigte Mitja Ritsch sein großes Virtuosität. Aus den „Waldjahren“ spielte er: Die Wasserfälle (Waldstücke) der Villa Este, die sinfonische Auslegung eines Sonetts des großen italienischen Dichters Petrarca und zum Schluß die oft gespielte Legende: „Der heilige Franziskus auf den Wogen schreitend“, ein Glanzstück mit Meeresbrausen und Tanzplan. Nicht endenwollender, wohlverdienter Beifall lohnte dem Künstler seine große Tat. — Wohl wenige ahnten, daß er trotz einer Fingerverletzung sich doch noch zu einer Zugabe bereitete. Der Fingel von Steinway & Sons war zwar erst zu Mittag einetroffen, gehörte aber trotz der verschiedenen Temperaturen meistens seinem großen Meister. Leider wurde auch diesmal der Schluß des Konzertes durch das Drängen nach der Abendablage gestört.

Ueber Realcredit und Hypothekenschuß sprach gestern abend im Wettiner Hof auf Veranstaltung der Hausbesitzervereine von Groß-Mies der Kreisverbandsvorsitzende Herr Oberlehrer Ulrich aus Dresden. In der verständlichen und leicht faßlichen Weise beleuchtete Redner den beträchtlichen Schaden, der durch die Zwangswirtschaft und den Mangel an Realcredit dem Hausbesitz erwachsen ist. Nachdem die Industrie und die Landwirtschaft in der Kreditfrage bittere Erfahrungen gemacht und schlecht abgefunden haben, ist man allmählich zu der Einsicht gekommen, daß auch dem Hausbesitz als wirtschaftlichem Wachstumsfaktor gebolfen werden müsse. Hart ist er an der Zwangswirtschaften Sozialisierung vorübergekommen und die Regierung hat sich bereit gefunden, durch einige Verbesserungen den Hausbesitzern etwas aufzubringen zu lassen.

Der durch die Anwesenheit von unendlichen unendlichen Streitigkeiten Vermieter und Mieter ist gemindert worden. Allerdings konnte das nur erreicht werden durch intensive Kampfesweise der Hausbesitzerorganisation, die in Sachsen allein über 110.000 Mitglieder zählt. Obwohl die gesetzliche 25 prozentige Aufwertung der Hypotheken noch schwer ist, ist sie aber erträglich geworden, und wenn sie unseren Volksgenossen etwas kommt, sind die Hausbesitzer gern aufzugeben. Eine größere Last bedeutet schon die Rückzahlung der Hypotheken, zumal hierbei die schwere wirtschaftliche Krise eine Gefahr in sich birgt. Der Reichstag müsse deshalb ein Gesetz schaffen, das die Frist für Rückzahlungen verlängere. Eine Erhöhung der Zinsen erweise im Interesse der Kapitalrentner angebracht. Wenn Zinsen anzuheben seien, müßten diese auch von den Mietern mit aufgebracht werden. Das sei jedoch wieder eine weitere Belastung der Massen, die durch in große Erregung geraten würden. Der Vorwurf, daß große Volksteile alles verloren hätten, dem Hausbesitzer jedoch Sachwerte erhalten blieben, müsse zurückgewiesen werden, da das Vermögen ganz wesentlich im Werte gesunken sei. Für den Hausbesitzer ist es unbedingt notwendig, zu sparen. Vielen von ihnen wird es schwer fallen, im Jahre 1932 die geforderte Hypothek zurückzahlen. Ihr Besitz werde durch Substantionen verloren gehen. Wenn nun im Deutschen Reich Tausende von Substantionen eintreten, ständen neue Schwierigkeiten in Aussicht und die Entwertung der Grundstücke würde weitere Fortschritte machen. Die Beflaggung von Hypotheken wäre von Banken, Sparkassen und Kreditinstituten nur bei hoher Zinsleistung möglich. Dabei werden die Belastungen unangeheuer hoch sein, zumal dem Hausbesitz eine weitere Gefahr droht durch vermehrten Bau der billigeren Wohnungen unter Beihilfe von Gemeinde- und Staatsaufschüssen. Von den 120 Milliarden Grundbesitz in Deutschland befinden sich 80 Prozent in den Händen des Mittelstandes und des kleinen Mannes, denen der Kredit vollständig abgedrungen ist. Ohne mich unbedingt gebolfen werden. Das kann nur geschehen durch Selbsthilfe und zwar durch Errichtung einer Hypothekenkasse, die dem Hausbesitzer Kredit gewährt und zu seinem anderen Zweck dienen soll. Nach der Aufwertung bleibt zwischen der 1. und 2. Hypothek, eventuell auch zwischen den folgenden Hypotheken in mindlicherem Werte, ein freier Raum für die Einziehung einer Eigentümergrundschuld. Diese kann die Basis bilden für den Kredit, den der kleine Besitzer mittels Anleihen oder zur Verbesserung seiner Lage für sich in Anspruch nimmt. Zur Annahme eines verlässlichen Kapitals in der Hypothekenkasse sollen von den Hausbesitzern freiwillig Beiträge geleistet werden, die sich auf 3 Mark pro Tausend des Wertes des Grundbesitzes belaufen und 20 Jahre lang gezahlt werden. Die seit dem Ausbruch von der Regierung festgesetzten 11 Prozent der Friedensmiete dürften dann anreichen. Zum Beispiel hätte ein Grundstück mit 50.000 Mark Wertesbeitragswert jährlich 3 Mark pro Tausend = 150 Mark = 11 Prozent der Friedensmiete zu zahlen. In 20 Jahren wären dies 3000 Mark, die dann mit dem 2,5fachen Betrage = 7500 Mark zurückgezahlt werden. Aus diesem Fond stehen dem Sparrer Mittel zur Verfügung, wenn ihm eine Hypothek gefündigt wird. Wenn mancher sage, daß 20 Jahre Sparen ihm nichts nütze, müsse er bedenken, dann komme es doch der Familie mit zu Gute. Verkauf jemand sein Haus vorher, wird entsprechende Rückzahlung gewährt. Zur Sanierung des Unternehmens seien auch Gelder aus der Volkshilfskasse und amerikanischen Anleihen gegen Übernahme in Aussicht genommen. Als Sicherstellungsleistung dient die Eigentümergrundschuld, deren Papiere nicht anderweit verpfändet und nicht an der Börse gehandelt werden dürfen. In jedem Hausbesitzerverein hat ein Kreditausschuß die Forderungen zu prüfen und an die Hauptleitung weiterzugeben. Dieser Gedanke ist eminent, er bringt dem Hausbesitzer für die Zukunft eine vollständige Sicherheit in der Verrechnung von den Hypotheken. Damit wird nicht nur dem Hausbesitzer selbst, sondern auch der gesamten deutschen Volkswirtschaft gebolfen. Geld ist heutzutage Macht, mit der in der ganzen Welt gerechnet werden und worauf auch der Hausbesitz hinwirken muß. Die Hausbesitzerorganisation hat die Not ankommengeleitet. Eine ähnliche Organisation besitzt die Landwirtschaft, deren Vertreter dahin geht, mit dem Hausbesitz Schulters an Schulters zu kämpfen. Zum Schluß seines bei uns aufgenommene Vortrages bemerkte Redner, daß der Zentralverband der Hausbesitzer nicht maßgebend sei für die Verwaltung der Kreditbank, sie bleibe nur ein Unternehmenselement des deutschen Hausbesitzes. Auf Anregung des Verammlungsleiters, Herrn Krippstadt, wurden nach dem Vortrage verschiedene Fragen gestellt, deren Beantwortung Herr Ulrich in entgegenkommender Weise übernahm. Erörtert wurden hierbei die Maßnahmen der Hypothekenkasse bei eintretender Zahlungsunfähigkeit des Hausbesitzers, die Auszahlung und Aufwertung bereits gefündigter Hypotheken, die Aufwertung des Restkapitals sowie die vom Hausbesitzer zu tragenden Kosten für das Eintragen einer Eigentümergrundschuld. Zur Frage über die Sicherheit der Kreditbank äußerte Herr Ulrich, daß bei Ausbruch eines Krieges oder bei revolutionären Staatsumwälzungen, die elementare Ereignisse seien, eine Voraussetzungen nicht gemacht werden könne. Eine Inflation in solchem Ausmaße, wie wir sie erlebt haben, sei in der Weltgeschichte noch nicht zu verzeichnen. Wenn von der Regierung die Sanierungsmaßnahmen, wie sie Helferlich durch die Hogenbank vorgedacht hatte, 1/2 Jahre früher gekommen wären, hätten wir eine detrierte Inflation nicht gehabt. Selbstverständlich würden in allen Fällen zur Sicherung des Kreditinstituts besondere Maßnahmen getroffen. Die Beiträge für dasselbe werden vorläufig nur einheitlich gestaltet, später soll eine Mehrleistung von besser gestellten Besitzern vielleicht nicht ausgeschlossen sein. Das Beitreten zur Kreditbank ist kein gezwungenes für die Mitglieder der Hausbesitzervereine. Auch Nichtmitglieder können sich beteiligen. Wenn 15 Prozent der Mitglieder beitreten, ist die Bank gesichert. Als Vertreter des Weidauer Hausbesitzervereins erklärte sich Herr Klose mit den Ausführungen des Herrn Ulrich einverstanden und trat für gemeinsames Arbeiten der Hausbesitzervereine von Groß-Mies im Interesse der Kreditbank ein. Nach dem Anpreis der vorliegenden Antragsformulare durch Herrn Krippstadt entspann sich noch eine Aussprache über den Organisationsplan zur Gewinnung von Zeichnern für die Kreditbank. Um größere Kosten zu sparen, die bei im Lande herumreisenden Agenten entstehen würden, werden die Hausbesitzervereine durch Werber an die einzelnen Mitglieder herantreten. Am 24. Januar findet in Weidau eine Beiratsvorstandssitzung statt, die den Organisationsplan weiter bearbeitet.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Mies, hielt am 9. 1. 1926 seine sehr stark besuchte Generalversammlung ab. Man berichtet uns hierüber: Zum Geschäftsbereich hielt der Vorsitzende Kamerad Richter einen Rückblick über das vergangene Jahr und Ausblick für das kommende Jahr. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß der Reichsbund als Kampfesorganisation gut bewährt habe. Im Bund ging es um die Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes. In Gau, Bezirk und Ortsgruppe um die Erhaltung der geborenen Fürsorge, der zentralen Arbeitsvermittlung für Schwerbeschädigte, geplante Versicherungen sind abgewehrt, trotzdem sind berechtigte Forderungen unerfüllt geblieben, obwohl sie von der Reichsregierung als berechtigt anerkannt wurden. Ein Jahr erhöhter Rente hat hinter uns mit dem Er-

folg können wir aber nicht zufrieden sein. Die Bundeskasse war gering. Erreicht haben wir teilweise Erhöhung der Renten, Verbesserungen der Bestimmungen für die Gewährung der Zulagen, Erhöhung der Pensionen, Verbesserung der Altersversorgung, geringe Verbesserung der erwerbsfähigen Witwen, Erleichterung der Anträge bei Frühverrentung, Verbesserung der Kapitalbindung u. dergl. Welche Entschädigungen erlöhren wir? Das gegenüber den abgefundenen Kriegsbeschädigten durch Hinzuwachsen auf der Versorgung begangene Unrecht ist nicht wieder gut gemacht. Den Schwerbeschädigten kürzte man die Schwerbeschädigtenzulage, den Offizieren dagegen erhöhte man die Versorgungszulage über den Regierungsvorsatz hinaus. Den Kriegshinterbliebenen verweigerte man den Rechtsanspruch auf Heilbehandlung. Die Fürsorge der Kriegsdoppler ist noch nicht wieder auf das Reich übernommen. Wir verlangen vom Reichstag, daß diese Fragen schnellstens im Sinne der dringenden Notwendigkeit, daß Raubzeit, Mangel an Disziplin und Uneinigkeit aus dem Reichsbund verschwinden müssen, die Kampfkraft darf nicht gelockert werden. An der Schwelle des neuen Jahres wollen wir, wie aus einem Munde, der Organisation Treue geloben. Nun erst recht: Einer für alle, alle für einen. Die Bewegung am Orte war eine gute und kann als stabil bezeichnet werden. Mitgliederverluste sind nicht zu verzeichnen. 465 Mitglieder am 1. 1. 1925, 494 Mitglieder am 31. 12. 1925, am 1. 1. 1926 gehörten die Mitglieder der Ortsgruppe Großhain noch zur Gruppe Mies, diese schieden im Juli aus und gründeten selbst eine Ortsgruppe des Reichsbundes in Großhain. Somit haben wir trotz aller Verpfändungsversuche noch einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Der Schriftverkehr war ein sehr reger, insgesamt wurden 861 Schriftstücke bearbeitet. Die Kasse bilanzierte mit 6911,84 M. Einnahme und 6875,28 M. Ausgabe. Die Errichtung und Ausstattung der Geschäftsstelle erfordert erhebliche Mittel. Mit der Errichtung der Geschäftsstelle ist ein unbeschämter Zustand befristet. Zustimmung wurde beschlossen, den bisherigen Vorstand wieder zu wählen. — Am 30. 1. 1926 findet ein Wahltag statt. Konkrete im Hotel Höpfer statt zum Besten bedürftiger Konfirmanden der Kriegsdoppler, die Vorarbeiten wurden gutgeheißen. Punkt Verschiedenes brachte ein reges Frage- und Antwortspiel über die Entlassung Schwerbeschädigter. Es wurde beschlossen, nochmals das Schwerbeschädigtengesetz in einem Vortrag zu behandeln. Die Verammlung, die sehr anregend verlief, fand nach 11 Uhr ihr Ende.

Deutscher Schwimmverband. Der Preis 7 (Freikampfbad) des Deutschen Schwimmverbandes gibt in seinem Mittelungsblatt 4 die Richtlinien für die Bildung von Ortsausschüssen der Jugendverbände sowie die Satzung des Landesauschusses Sachsen der Deutschen Jugendverbände bekannt.

Erhalten die Altrentner der Heimat! Es ist eine alljährliche Erscheinung, daß Händler, Agenten und Privatammler das Land bereisen, um Altrentner anzufassen. Gerade die Geldknappheit in unseren Tagen mit ihrer schlimmeren Genetigkeit zum „Verleihen“ ist diesen „Sammlern“ willkommen. Kein Dorf, keine Einöde ist so abgefahren, daß nicht Kaufschreiber sich dort einfänden und den Renten Altrentner abschöpfen. Meistens wird nur ganz geringes Entgelt bezahlt, und oft werden dann die Gegenstände vom echten Käufer an einen größeren Händler in der Stadt weiterverkauft. Der größere Händler aber gibt sie wieder an reichere Sammler und geldkräftige Museen mit mehr oder minder bedeutendem Nutzen. Vor allem gefucht sind gegenwärtig mittelalterliche Holzfiguren. Aber auch andere Schnitzereien, Wand- und Deckenverzierungen, Möbel, Nöbel, Güter, Wirtschaftshilfen, Zinnarbeiten, Geschirre aus Ton u. Porzellan, Gläser werden aufgefucht. Urkunden, Handschriften und alte Bücher finden Abnehmer, Tür- und Fensterverzierungen und sonstige Schmuck erufen man von Häusern. Nicht einmal Friedhöfe, wie Steinkreuze, Grabsteine, Figuren und Friedhöfe sind sicher vor der Gewinnlust. An die Landbevölkerung sei daher das dringende Ersuchen gerichtet, solche Erinnerungen aus Großvaters- und Ahnenzeiten nicht ohne Not wegzugeben. Der einzelne Helfer wie die ganze Bevölkerung sollten eine Ehre darin setzen, alle Wahrscheiter der engeren Heimat an Ort und Stelle zu erhalten.

Die Zahl der unterfertigten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. 12. 1925 bis zum 1. 1. 1926 von 1.060.397 auf 1.485.931 gestiegen. Die Zahl der unterfertigten männlichen Erwerbslosen beträgt 1.325.052 die Zahl der weiblichen 160.879. Die Steigerung gegenüber der Zahl vom 15. 12. 1925 beträgt etwas über 40 Prozent.

Die sächsische Mietinspektur. Die sozialdemokratische Presse berichtet, daß Arbeitsminister Götner in einer Versammlung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter mitgeteilt habe, die Regierung wolle dem Landtag voraussichtlich noch im Januar einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Mietinspektur vorlegen, in dem 40 v. d. Abgabe für einen Mietschickhof aus dem Aufkommen der Wohnungsbauabgabe vorgezogen ist. Weiter habe die Regierung Vorleser getroffen, daß bereits in den nächsten Wochen eine statistische Erhebung über das Wohnungswesen für ganz Sachsen vorgenommen werde.

Mieterschuldschuldung und landwirtschaftliche Wohnungen. Die Landwirtschaftskammer hat sich in einer Eingabe an das Wirtschaftsministerium gewandt mit der Bitte, die Einsetzung einer Erhebung über den Umfang der bestellten landwirtschaftlichen Wohnungen durch Betriebskreise zu veranlassen, ähnlich wie es die preussische Staatsregierung bereits zugelassen hat. Man erwidert in der entsprechenden Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Landflucht einheimischer Arbeiter.

Pflanzenschädlinge und Sozialschutz. Das Ueberhandnehmen von tierischen Pflanzenschädlingen ist sehr oft und vielerorts die Folge der Abnahme der Eingänge, die sich in erster Linie von Insekten aller Art ernähren. Durch die intensive Kultur in Feldern, Wäldern und Gärten, namentlich auch durch die Beteiligung von Hecken und Gehölzschwänden immer mehr die Risikogefahren für die Eingänge. Die Anpflanzung von Sozialschutzgehölzen ist daher eine sehr wichtige Angelegenheit für die gesamte Landwirtschaft. — Auch die Risikogefahren für Obstbrüder, namentlich für die dem Obbau so sehr nützlichen Reifen, schwinden immer mehr. Die Anbringung von Nisthöhlen nach Verleschen Wäcker ist weiterhin für die gesamte Landwirtschaft von großer Bedeutung. Von der Geschäftsstelle des Landesverbandes Sachsen für Obst- und Weinbau bei der Landwirtschaftskammer, Dresden-A., Sidonienstraße 14, wurden vor kurzem circa 5000 Nisthöhlen über ganz Sachsen verbreitet. Auskunft über die genannten Maßnahmen zum Schutze der Vogelwelt im Interesse der Landwirtschaft im allgemeinen und des Obbaus im besonderen erteilt die genannte Geschäftsstelle unentgeltlich.

Prüfungen für Zeichen- und Musiklehrer. Das Ministerium für Volksbildung veröffentlicht in der „Sächs. Staatszeitung“ Verfügungen über die Prüfungen für Zeichen- und Musiklehrer. Die nächsten Prüfungen für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen finden im Juni 1926 statt, die nächsten Prüfungen für Musiklehrer und Musiklehrerinnen sollen im Mai 1926 abgehalten werden.

Weitere örtl. und sächs. Nachrichten in der 1. Beilage.

Voranzeige!

Die Vorbereitungen zu unserem mit Spannung erwarteten Inventur-Ausverkauf gehen ihrem Ende entgegen!

Warten Sie!

Unser Inventur-Ausverkauf

wird ganz bestimmt

die größte Sensation für Riesa und Umgegend.

Alles Nähere in unserem nächsten Preis-Inserat!

KAUFHAUS Tropelowitz NACHF.

Alles Nähere in unserem nächsten Preis-Inserat!

Mißfarbene Zähne

entstellen das schönste Antlitz. Ubler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Schönheitsfehler werden sofort in vollkommen unschädlicher Weise beseitigt durch die erfrischende Zahnpaste Chlorodont. Überall zu haben.

Vereinsnachrichten

Verein für Handel und Gewerbe v. O., Riesa. Mitgliederversammlung Donnerstag, 14. 1. 26, abends 9 Uhr im Restaurant "Eibterrasse". Wichtige Tagesordnung. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Marine-Verein. Morgen Donnerstag 8 Uhr abds. Versammlung im Dampfbad.

Jungmädcheln. Donnerstag 8 Uhr Stern.

Gesangverein Liedertafel, Weida. Morgen Donnerstag abends 8 Uhr außerordentliche Versammlung im Gasthof Waltherr.

Militärverein Weida. Donnerstag, 14. 1., 8 Uhr Gesamtpostungs- und Festauskunft im "Edelweiß". Sonntag, 17. 1., 3 Uhr nachmittags Generalversammlung im Gasthof Waltherr. Anträge schriftlich bis 14. abends. Unentschuldigtes Fehlen ist strafbar. — Einladung ging zu zum Stützungsfest des Brudervereins Bauklub am Sonnabend, 16. 1., 7 Uhr. Zahlreiche Beteiligungen mit Angehörigen erbeten.

Möbel

neu und gebraucht stets billig zu verkaufen.

Oskar Messe
Riesa, Bruchgasse 4.

Gaubere Waidfrau

sucht für sofort
O. Grubbe
Bismardstr. 35a.

Anst. d. sol. Mädchen
16 Jhr., sucht Stellung in ruh. Haushalt. Gute Kost u. gute Behandlung Hauptbed. Off. n. Q 3396 an das Tageblatt Riesa.

Suche zum 1. Februar oder später ein ehrliches, fleißiges

Mädchen

Frau Wildner
Koenigspl. 10.

gebildet. 28 Jhr. Fräulein sucht Stellung als

Wirtschafterin

od. Stäbe in frauenlosem Haushalt. Näh. Auskunft Richard Jeger Neu-Pöcher Nr. 35.

Pferdejunge

15-16 Jahre, sucht
Möbius, Deutewitz.

Adreßbuch von Riesa

mit kleinem Stadtplan solange Vorrat reicht empfiehlt

Tageblatt-Druckerei

Adreßbuch-Verlag
Riesa, Goethestraße 59

Robert Gast.

In tiefer Trauer die Hinterbliebenen.
Riesa, Hofstr. 7, am 13. Januar 1926.
Die Beerdigung erfolgt Sonnabend nachmittag 1 Uhr vom Trauerhause aus.

Katerbummel

Auf vielseitigen Wunsch findet der meines 30jähr. Tanz-Jubil. am Freitag, 15. Jan., im Hotel Wettiner Hof abends 8 Uhr statt.
Tanzaufführungen u. Ballett werden wiederholt. Um zahlreiche Beteiligung bittet hochachtungsvoll Rob. Richter, Lehrer der höheren Tanzkunst.

Achtung! Gasthof Pausitz.

Sonnabend, 23. Januar großer öffentlicher **Maskenball** veranstaltet vom Kaninchenzuchtverein Pausitz.

Wunderbare Saaldekoration. Musik gespielt von zwei erstklassigen Orchestern. Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Verschiedene Herrschaften. Einzug des Prinzen Karneval. — Nachdem große Prämierung der schönsten Herren- und Damenmasks und der originellsten Herren- und Damenmasks. Eintrittskarten im Vorverkauf im Gasthof Pausitz zu haben für Zuschauer 1,50 M., für Masken 2,50 M. einschließlich Tanzsteuer. Einen sehr vergnügten Abend versprechend, bittet um zahlreichen Besuch **der Kaninchenzuchtverein.** Reichhaltige elegante Maskengarderobe ist am 23. Januar von vormittags 10 Uhr an im Gasthof angeheftet. Nähere Weis.

Wesers Restaurant. Schlachtfest.

Donnerstag, den 14. Januar
Vormittags ab 10 Uhr Wellfleisch, später frische Wurst und Gallettschiffeln, abends Bratwurst mit Krant. Es ladet ergebenst ein
Otto Weser.

Apfelsinen. Apfelsinen.

Heute ist wieder eine Ladung prima zuckerreiche Apfelsinen eingetroffen und empfiehlt billigst
S. Grubbe, Bismardstr. 35a, Tel. 652.

Rechtshule Höderau.

Sonntag, 17. Januar d. J., nachm. 3 Uhr findet in **Lamm's Restaurant** die diesjährige **Jahreshauptversammlung** statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahlen, 4. Wahl der Rechnungsprüfer, 5. Anträge, 6. Vereinsangelegenheiten. Anträge müssen 3 Tage vor der Versammlung mit schriftlicher Begründung beim Vorsitzenden eingereicht werden. — Hierzu werden alle Mitglieder und Wähler höflich eingeladen. Der Gesamtvorst.

Gewerbeverein. Donnerstag, 14. ds. Mts., abends 8 Uhr im Saale des Hotel Wettiner Hof **Film-Vorführung** „Der Spiegel der Welt“ die Entstehung einer großen Tageszeitung. Hierzu werden die Mitglieder nebst Angehörigen ergebenst eingeladen. Eintritt frei. Gäste willkommen. Der Gesamtvorstand.

Schweineversicherungs-Verein Riesa und Umgebung. Sonnabend, 16. Januar, abends 9 Uhr findet im kleinen Saale des Hotel zum Stern unsere **Generalversammlung** statt. Um zahlreichen Besuch wird gebeten. F. O.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme durch Wort, Schrift, Geleit und schönen Blumensträußen bei dem schmerzlichen Verluste unserer innigstgeliebten Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Schwägerin sagen wir allen nur hierdurch unseren aufrichtigsten Dank. Besonderen Dank auch für die tröstenden Worte am Grabe. — Dir aber liebe Mutter, ruhen wir ein „Ruhe sanft“ und „Gute Nacht“ in Deine stille Gruft nach. Kindesdank folgt Dir in Deine Gruft, Ruhe sanft, bis Dich der Heiland ruft. Riesa, am Begräbnistage 1926. In tiefer Trauer die Hinterbliebenen der Familie Jiko.

Statt Karten. Für die zahlreichen Beweise inniger Teilnahme beim Heimzuge unserer geliebten Entschlafenen, Frau **Friederike verw. Feind** sprechen wir zugleich im Namen unserer auswärtigen Geschwister unseren **herzlichsten Dank** aus.
Riesa, am 12. Januar 1926.
Familien Feind, Schilling und Röthig.

Wer leibt sofort Geschäftsmann **Mk. 1000.-?** Genügend Sicherheit vorhanden. Off. unt. M E 49 hauptpostlagernd Riesa.

Rohrstühle werden preisw. u. sauber **eingezogen.** Auf Wunsch hole ab. Goethestraße 11.

Dampfwäscherei


Max E. Tröger Großenhain **Annahmestelle** wieder eröffnet **Wettinerstr. 19** im **Rieser Damenbutlager.**

Donnerstag **Schlachtfest.** W. Köpfel, Hof. Höderau

H. Schellisch ohne Kopf diese Woche besond. billig. **Carl Signer, Gröba.**

G. O. A. Ortsgruppe Riesa. Freitag, den 15. 1. 26 abds. 8 Uhr **Eibterrasse**

Monatsversammlung. U. a.: Referat des H. Schaefer-Dresden (Geschäftsführer) über: „Selbstbehauptungskampf der deutschen Arbeiter in Staat und Wirtschaft.“ Wichtig! Im Anschluss: Bericht des Herrn Schaefer über die Parilage in der Metall-Industrie. Gäste, auch Nichtmitglieder willkommen. Der Vorstand.

Die heutige Nr. umfasst 40 Seiten.

Sächsischer Landtag.

13. Dresden, 12. Januar 1926.

Der Landtag hielt heute seine erste öffentliche Sitzung nach der Weihnachtspause ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt Präsident Winkler fest, daß die in einem Teil der Presse aufgestellte Behauptung, im Fraktionszimmer der Kommunistischen Partei hätten Frauen Inhaftierter übernachtet, nicht auf Wahrheit beruhe.

Abg. Ziemer (Komm.): Die gesamte sächsische Presse bringt Meldungen über den Etat, während ihn die Abgeordneten noch nicht kennen. Das geht unter seinen Umständen. Wir fordern von der Regierung, daß sie irgendwelche Mittelungen über den Etat nicht an die Presse gibt, bevor wir den Etat zugestellt erhalten haben. Wir legen gegen die Methode der Regierung Protest ein und bitten den Landtag, sich diesem Proteste anzuschließen.

Präsident Winkler: Der Landtag hat bereits einmal beschlossen, ein derartiges Verfahren nicht gutzuheißen. Der Landtag hat ein Recht darauf, den Etat früher kennen zu lernen als die Presse. — Das Haus widerspricht dieser Auffassung des Präsidenten nicht.

Die Notverordnungen

über die dritte Änderung des Gesetzes über das staatliche Kohlenbergbauwesen, über die Wahlen zu den Handels- und Gewerbesteuern und über das Kosten- und Stempelwesen in Aufwertungssachen werden in zweiter Lesung ohne Aussprache einstimmig genehmigt.

Weiter steht zur Beratung die Vorlage über weitere Kostensenkungsmaßnahmen für die durch Unwetter betroffenen Teile der sächsischen Landwirtschaft.

Es werden 300 000 Mark für die Förderung der Weidewirtschaft im oberen Erzgebirge und Vogtlande angefordert.

Abg. Schirich (Zog.): Seiner Fraktion erscheint es nicht richtig, bei der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage eine derartige Aktion für einen bestimmten Teil unserer Bevölkerung auch weiterhin fortzusetzen. Die angeforderten Gelder können im Interesse der Allgemeinheit nutzbringender verwendet werden. Die bisher bewilligten Gelder seien nicht überall so verwendet worden, wie es gedacht war.

Wirtschaftsminister Müller: Der Regierung ist die Tatsache unbekannt, daß von den Betrieben, die unterstellt worden sind, weite Gebiete nicht bebaut worden seien. Ich bitte den Vorredner, der Regierung sein Material zu unterbreiten, dann wird die Sache nachgeprüft werden. Die Regierung habe bereits erklärt, daß es nicht angehe, jedes Jahr solche Notausgaben zu bewilligen, wo sie sich nicht lohnen. Es sei besser, in solchen Gegenden, die alljährlich von einer Missernte heimgeschickt werden, eine Umstellung der Wirtschaft vorzunehmen. Freilich mache eine Umstellung Schwierigkeiten, da es sich meist um kleine Betriebe handelt.

Abg. Dr. Troll (Dn.): Auch ihm sei es unbekannt, daß weite Strecken der unterstellten Betriebe unbebaut geblieben seien. Seine Freunde seien der Regierung für die Anforderung von 300 000 Mark dankbar. Gewünscht werde, daß mit der Durchführung des Winderntgesetzes mindestens ein Jahr gewartet werde, bis die Landwirtschaft sich einigermaßen konsolidiert habe. Eine Umstellung der Winderntwirtschaft in Weidewirtschaft werde nicht so einfach sein, denn es müsse auch die Möglichkeit des Abzuges der erzeugten Produkte geschaffen werden.

Abg. Claus (Dem.) beachtet es als ausgeschlossen, die gewährten Darlehen bis Ende 1926 zurückzufordern. Es wäre richtiger, die Darlehen langfristig zu gewähren und einen mäßigen Zinssatz anzulegen. Eine Umstellung der Betriebe sei nur allmählich durchführbar; wenn es sich um minderwertiges Land handle, sollte dieses lieber seitens des Staates aufgeforstet werden.

Wirtschaftsminister Müller erklärt, daß die vom Abg. Claus geäußerten Forderungen bereits vorgelegen seien.

Abg. Kemner (Komm.) meint, den kleinen Landwirten bringe diese Vorlage keine Vorteile.

Abg. Dörmlich (Dsp.) tritt für die Vorlage ein. — Diese wird hieran an den Haushaltsausschuß A verwiesen.

Der sozialdemokratische Annahmestillschluß wird ohne Vorbereitung dem Reichsausschuß übergeben, der ihn in seiner Mitwirkungsbehandlung wird.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Antrag des Abg. Krz. die Überlassung von Schulräumen an Bildungs- und Jugendorganisationen der politischen Parteien betr. — Antrag des Abg. Kemner, Unterstellungen bei der Verwaltung des „Sächsischen Volkspostens“ betr. — Anfragen der Abg. Birth und Kemner, den gleichen Charakter betr. — Geschäftsbericht der Landesbrandversicherungsanstalt auf das Jahr 1924. — Antrag des Abg. Kemner, die Behandlung der angeblichen Kr-

Der Reichshaushaltsplan für 1926.

Abg. Berlin. Bei dem nunmehr dem Reichstag vorgelegten Etatsentwurf für 1926 ist von der Regierung auszugehen worden, daß auch in diesem Jahre die Aufnahme einer Anleihe noch nicht möglich sein wird. Darum müßten alle Einnahmequellen reiflos ausgeschöpft und der aus den Einnahmen des Jahres 1924 noch freie Betrag von 220 Millionen herangezogen und der Ausgabebedarf rüchstandslos gedeckt werden. Neue Planstellen für Beamte sind mit Ausnahme beim Auswärtigen Amt und Reichsversicherungsamt nicht eingeplant, auch Höherstellungen von Beamten sind grundsätzlich nicht erfolgt. Im ordentlichen Haushalt ist der Etat durch Reparationszahlungen mit 350,2 im außerordentlichen Etat mit 104,2 Millionen belastet; außerdem wird eine Nachlage vorgezogen für die 1927 fällig werdende zusätzliche Haushaltszahlung. Die Gesamteinnahmen sind auf 7419,6 Millionen veranschlagt, darunter aus Besitz- und Verlehrssteuern 484 Millionen, aus Zöllen und Verbrauchssteuern 1947 Millionen Reichsmark. Die Winderntausgaben gegen 1925 betragen insgesamt fast 350 Millionen. Die Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden sind um rund 150 Millionen Reichsmark niedriger als im Vorjahre. Daß sich trotzdem der Gesamtbedarf des Reiches nur um 125 Millionen erhöht, liegt an den höheren Reparationslasten. Die Pensions- und Wartelgelder erfordern 155,5 Millionen, wovon die Renten für die Kriegesbeschädigten mit 1223 Millionen angelegt sind. Die Personalausgaben für Beamte, Soldaten, Angehörige und Arbeiter betragen 669,8 Millionen. Die sächsischen Verwaltungskosten betragen 1512,8 Millionen. Die Zahlungen an die Länder für die Schutzpolizei betragen 190 Millionen RM., an einmaligen Ausgaben im ordentlichen Haushalt sind 249,2 Millionen vorgezogen. Die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts sind mit insgesamt 301 Mill. angelegt, wozu für innere Kriegeslasten und Reparationszahlungen rund 174 Millionen entfallen sind. Unter Hinzurechnung der von der Reichsbahn zu zahlenden Beträge und der Industrieobligationen beträgt die gesamte Reparationslast für 1926 1 300 333 333 Reichsmark.

Herabsetzung des Reichsbankdiskonts.

Eine wirtschaftliche Maßnahme von größter Tragweite.

zu. Die Reichsbank hat nunmehr, wie wir bereits gestern berichteten, den Diskont auf 8 Prozent ermäßigt, nachdem seit Monaten aus allen Wirtschaftskreisen die Forderung erhoben worden war, eine Diskontherabsetzung vorzunehmen. Obwohl die Ermäßigung nur 1 Prozent beträgt, kommt dieser Maßnahme eine ungemein große wirtschaftliche Bedeutung zu, da sie zu einer wesentlichen Verbilligung und Verbesserung der Verhältnisse auf dem Kreditmarkt führen muß. In den wirtschaftlichen Kreisen spricht man die Hoffnung aus, daß die Diskontherabsetzung durch die Reichsbank diesmal erhebliche Rückwirkungen auf den gesamten Kreditverkehr der Banken und auch auf die privaten Anleihemärkte auslösen wird.

In einem Augenblick, wo die deutsche Wirtschaft sich in einem Zustande des Abwartens befindet, und wo der Unternehmungsgeist lediglich durch bessere Aussichten in die Zukunft neu belebt werden kann, muß das Vorgehen der Reichsbank namentlich auf die darniederliegende Industrie äußerst ermutigend einwirken und eine Stimmung erzeugen, die im Schroffen Gegensatz zu den katastrophalen Befürchtungen steht, die noch vor Beginn des neuen Jahres in weiten Wirtschaftskreisen vorherrschend gewesen waren. Reichsbankpräsident Dr. Schacht beweist nunmehr mit seinem Entschlus, die Ermäßigung des Diskonts unverzüglich vorzunehmen, eine höchst erfreuliche Initiative, die den hochgepannten Erwartungen der industriellen Kreise Rechnung trägt, und die allgemein die Wirkung haben muß, daß für die deutsche Wirtschaft die Parole „aufwärts“ ausgegeben werden kann.

Nach vor 24 Stunden hat die Reichsregierung dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages erläuternde Mitteilungen über die fürchterliche Steigerung der Arbeitslosigkeit in Deutschland geben müssen. Für niemand kann es überraschend sein, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland in den letzten sechs Wochen eine Verdoppelung erfahren hat, und daß man heute weit über eine Million Hauptunterstützungsempfänger zählt, was einen Gesamtbestand von mindestens 3 1/2 Millionen Menschen ausmacht, die in Deutschland unter den Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf die öffentliche Wohlfahrtspflege angewiesen sind. Durchschnittlich muß man nämlich für jeden Hauptunterstützungsempfänger mindestens 3 1/2 Personen rechnen, da sich unter den unterstützten Arbeitslosen eine übergroße Mehrheit von Familienmitgliedern befindet.

In Monat November mußte das Reich 24 1/2 Millionen Reichsmark an Erwerbslosenunterstützung aufbringen. Entsprechend der Steigerung der Arbeitslosigkeit dürfte sich auch diese Summe im Dezember und Januar nahezu verdoppeln, so daß man angesichtslich mit einem monatlichen Aufwand von circa 50 bis 55 Millionen zu rechnen hat. Das ist eine Summe, die für die Reichskassen eine unangenehme Gefahr bedeutet, und die eine vollständige Umwälzung des ganzen Reichshaushaltes erfordert wird, wenn sie etwa noch monatlich aufgebracht werden soll. Selbst die ungeheurer Ziffer der Erwerbslosigkeit nicht schnellstens zurück, so werden weitere Hunderte von Millionen von der Reichsregierung bereit gestellt werden müssen, um die drei Millionen Arbeitslosen vor dem Verhungern zu schützen.

Die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts auf 8 Prozent kann nur einen Anfang auf dem Wege der Geländung der deutschen Kreditverhältnisse darstellen. Weitere Maßnahmen werden notwendig sein, um der deutschen Wirtschaft zu erheblichen Nutzen Kredite zu ermöglichen, die das erforderliche Kapital wieder zu produktiver Arbeit zurückführen, und die geeignet sind, die Rentabilität der deutschen Produktion sicherzustellen.

Dr. Schacht begründet den Beschluß.

Abg. Berlin. In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank beauftragte der Vorsitzende Reichsbankpräsident Dr. Schacht den Beschluß des Reichsbankdirektoriums, den Diskont von 9 Prozent auf 8 Prozent herabzusetzen, wie folgt: Die Situation der Reichsbank ist seit einer Reihe von Wochen unverändert leicht. Die Devisenquoten haben eine ansehnliche Besserung erfahren. Die Zunahme des Wechselbestandes der Reichsbank in den letzten Wochen ist nicht auf die Zunahme inländischer Wechsel, sondern auf eine Mehranlage in Auslandswechseln zurückzuführen. Die Ansprüche im inländischen Wechselverkehr zeigen eine fallende Tendenz. Die Durchführung des Zahlungsmittelumsatzes gegenüber dem Ultimo ist in der ersten Januarwoche erheblich stärker gewesen als in der gleichen Zeit der vorangegangenen Monate. Die Anfang Dezember vorgenommene Kreditlockerung hat zu keinerlei vermehrter Kredit-Inanspruchnahme geführt. Nach der Lage der Wirtschaft und des Geldmarktes ist auch für die nächste Zeit mit einer wesentlich härteren Inanspruchnahme wechselmäßigen Kredites bei der Reichsbank kaum zu rechnen. Langfristige Kredite dagegen werden immer noch in größerem Umfang durch Auslandsanleihen befriedigt, so daß eine stärkere Einleitung des in Deutschland vorhandenen Geldes auf den langfristigen Anlagemarkt sehr erwünscht erscheint. Erfreulicherweise ist es gelungen, bei einer Reihe von Auslandsanleihen nach und nach eine geringere Realverzinsung durchzudrücken. Auch diese Tendenz muß unterstützt werden. Aus allen diesen Gründen hat sich das Reichsbankdirektorium entschlossen, mit Wirkung vom heutigen Tage den Diskontsatz von 9 auf 8 Prozent und den Lombardisatz von 11 auf 10 Prozent zu ermäßigen. Zur Stärkung des langfristigen Anlagemarktes ist ferner neben anderen Erleichterungen im Lombardisatz beschlossen worden, die Verleihungssätze für Gold- und Reichsmarktpfandbriefe von 50 Prozent auf 66 2/3 Prozent zu erhöhen.

Handwerk und Reichsregierung.

Der Handwerkeritag gegen das Preisabbau-Gesetz.

Abg. Berlin. Auf der Tagung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks am Dienstag war auch der Reichsvereinsminister Dr. Rohme in seiner Eigenschaft als Stellvertreter der Wirtschaftsminister erschienen, der noch vor Beginn der Verhandlungen die Vorlage der Regierung zur Förderung des Preisabbaues zu rechtlichen unternahm. Bei den Worten des Ministers entstand gleich zu Anfang eine große Unruhe in der Versammlung als der Minister den Vorwurf zurückwies, daß der Gesetzentwurf ein Ausnahmengesetz gegen das Handwerk darstelle, wurde er von lebhaften Zwischenrufen mehrfach unterbrochen, worauf er erklärte: Wenn Sie die Absicht haben, die Debatte von vornherein so weit zu stellen, dann will ich mich kurz fassen. Die Maßnahmen der Reichsregierung sollen im Interesse der Allgemeinheit eine Preislenkung herbeiführen und die für das deutsche Volk lebenswichtige Wettbewerbsfähigkeit stärken. Damit ist für jeden Wirtschaftszweig die Notwendigkeit gegeben, auf Preislenkung bedacht zu sein. Darum

müßte ich mit der Bitte schließen, daß Sie die arden dem Volk zu Grunde liegenden Gedanken berücksichtigen möchten. Bei der Stimmung im Hause glaube ich kaum, daß dies geschehen wird. Der Minister vertiefte hierauf sofort den Saal.

Der erste Geschäftsführer des Verbandes, Dr. Meusch, sprach mehr allgemein über die Vorlage, mit deren Einbringung die Regierung eine Loyalität bezogener hätte, nachdem die Vertretung des Handwerks erklärt hätte, daß das Handwerk bereit sei, an der Preislenkungsfaktion mitzuwirken.

Der zweite Referent, Generalsekretär Hermann, ging auf Einzelheiten der Vorlage ein. Er stellte fest, daß der Gesetzentwurf sich in seinem Kernstück tatsächlich gegen das Handwerk richte. Die Vorlage stelle das Schicksal von Wirtschaftsdilettantismus dar, der seit dem Zusammenbruch regierungsfeindlich zu beobachten gemein sei. Zu begrüßen sei lediglich die Aufhebung der Gewerkschafts- und die Unterstellung der Zwangsverbände (Kohlen- und Kalksyndikat) unter die Kartellverordnung. Alles übrige, wie die Bestimmungen zur Verhütung von Ringbildungen, über Preisnormierungen für den Produktverkauf und Aufhebung des Rechts der Innungen, in die Preisgestaltung einzugreifen, sei ein Ausnahmengesetz gegen das Handwerk.

An diese mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine lebhafte Erörterung, in deren Verlauf u. a. die Reichstagsabgeordneten Dremis (Wirtschaftl. Vag.), Dr. Wienbed (Dnat.), Esser (B.), Leibl (Bayr. Vp.), Havemann (Dsp.) und Barfisch (Dnm.) gegen die Gesetzesvorlage ausproben. Fast allgemein wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Vorlage gar nicht an den Reichstag gelange.

Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung.

monat der Reichsverband des deutschen Handwerks namens des gesamten Handwerks stärksten Protest gegen die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Sonderbestimmungen gegen das Handwerk einlegt.

Zur Abfindung der früheren Fürstenthümer.

Abg. Berlin. Der Rechtsausschuß des Reichstages legte am Dienstag die Beratung der Anträge über die Vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstenthümern fort.

Zunächst gab ein Vertreter des preuß. Finanzministeriums eine Erklärung ab über die Schmalldischen Forderungen, wonach diese nach dem Erbe von 1806 von König Wilhelm I. von Preußen dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha geschenkt wurden als Privatgut seines Hauses zum Dank für die Waffenhilfe, die Coburg-Gotha dem preussischen Staat geleistet habe.

Für die bayerische Staatsregierung gab Staatsrat Dr. Luare die Erklärung ab, daß eine reichsrechtliche Regelung der Entschädigungsfrage von Bayern als ein schwerer Eingriff in die Rechte der Länder nachdrücklich abgelehnt würde. In Bayern sei die Angelegenheit durch den vom Landtag genehmigten Vergleich von 1923 geregelt. Nach dieser Erklärung stellte Abg. Dr. Everling (Dnat.) fest, daß die beiden nach Preußen größten deutschen Länder Bayern und Sachsen eine reichsrechtliche Regelung nicht wünschten. Da auch Preußen einen Vergleich bereits geschlossen habe, sei zu fragen, ob eine reichsrechtliche Regelung überhaupt noch möglich sei. Der Vorsitzende Dr. Kauf meinte, diese Frage müßte später in der Generaldebatte erörtert werden.

Darauf wandte sich der Ausschuß der Auseinandersetzung in Mecklenburg-Strelitz zu.

Der Vertreter der mecklenburgischen Regierung teilte mit, daß die Großherzogliche Familie im ganzen als Verabschiedung in Effekten etwa 30 Millionen und 10 000 Morgen des wertvollsten Grundbesitzes im Werte von etwa 4 Goldmillionen erhalten hätte, wozu der Familie auch der Besitz der wertvollsten Schlösser und Silberbestände geblieben sei. Gleichwohl habe die Familie neuerdings rund 5,2 Millionen mehr verlangt, die frühere Kronprinzessin von Montenegro verlange u. a. zu den bereits erhaltenen 8 Millionen eine weitere Million. Bedauerlicherweise seien durch die Schuld des Vertreters der fürstlichen Familie jetzt lange zurückliegende Verhältnisse in die Öffentlichkeit gerückt worden. Der Vertreter der großherzoglichen Familie habe es für richtig gehalten, ein Schiedsgericht anzurufen zur Entscheidung über die Ansprüche, die von zwei Maitreffen früherer Großherzöge gestellt würden. Daneben habe er gerichtliche Klage eingeleitet, und ein Berliner Gericht habe bereits zugunsten einer dieser Damen entschieden, wenn es ihr auch statt der geforderten Jahresrente von 20 000 Mark nur 6000 Mark jährlich zugewilligt habe. Die mecklenburgische Regierung halte eine reichsrechtliche Regelung der Frage der Abfindung unbedingt für erforderlich.

Abg. Dr. Rosenfeld (Zog.) äußerte sein Verwundern über das weitgehende Entgegenkommen Mecklenburgs. Er fragte, ob es richtig sei, daß die eine Maitresse Condessa de Vittio eine Deutsche sei, die den schönen spanischen Titel von der Regierpublik Viteria erhalten habe, und ob es richtig sei, daß die andere Maitresse 5 Goldmillionen verlorne als Gegenleistung für die Herausgabe gemisser kompromittierender Briefe des Großherzogs.

Abg. Dr. Everling (Dnat.) betonte, daß die Maitreffen-geschichte allen Parteien gleich widerwärtig sei.

Auf seine Frage erklärte der mecklenburgische Vertreter, der Domänenbesitz sei von dem Thronfolger Herzog Karl Michael gegen die 5 Millionen Abfindung dem Staate rechtsgültig überlassen worden. Die Ansprüche der Maitreffen im einzelnen seien der Regierung offiziell nicht mitgeteilt worden. Auf eine Anfrage von kommunistischer Seite bekräftigte der mecklenburgische Vertreter, daß die Großherzogliche Familie die Niederlegung der ihr zu zahlenden Beträge bei der Bank von England verlangt habe.

Nunmehr wurden die Verhältnisse in Baden behandelt. Hier ist, wie ein Regierungsvertreter mitteilte, der Anspruch des früheren Großherzogs durch Zuweisung eines Kapitals von 8 Millionen Mark abgelöst worden. Da sich durch den Währungszerfall die wirtschaftlichen Verhältnisse des vormals badischen Fürstentums verschlechtert haben, ist das vormals großherzogliche Haus 1924 wegen entprechender Aufwertung vorläufig geworden, worüber noch Verhandlungen schweben, die wahrlich im Wege freiwilliger gegenseitiger Vereinbarung ihre Erledigung finden werden.

Sodann wurden die entsprechenden Vorgänge in Braunschweig erörtert. Schließlich gab Abg. Dr. Rosenfeld (Zog.) eine Erklärung ab, die darauf Bezug nahm, daß der Herzog von Coburg eine große Auslandsanleihe zur Belastung der ihm angeprohenen Ländereien mit Hypotheken aufnehmen wolle. Da der Reichstag im Augenblick keine Möglichkeit zum Eingreifen habe, werde es Sache der Reichsregierung der Landesregierungen und des deutschen Volkes sein, die Augen offen zu halten.

Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Die Frankenfällungen in Ungarn.

Budapest. Der Vertreter der Bank von Frankreich, Emery, erschien gestern bei dem Oberstadthauptmann Marinovic, um ihm für die erfolgreiche unermüdete Arbeit der Polizei in Sachen der Frankenfällung zu danken. Der Polizeichef hat hierauf dem Leiter der Untersuchung diesen Dank in Verbindung mit seiner persönlichen Anerkennung ausgesprochen. Emery und die Organe der französischen Sicherheitsbehörde bleiben voraussichtlich noch 1 bis 2 Tage in Budapest, um ihre Berichte auszuarbeiten.

Budapest. Der Chauffeur des Prinzen Windischgrätz hat heute vor dem Untersuchungsrichter mehrere Versionen namhaft gemacht, die in Beilegung des Prinzen das Kartographische Institut angeschlossen haben. Die Erhebungen nach dieser Richtung werden fortgesetzt.

Budapest. Falls die Staatsanwaltschaft nicht eine Fortsetzung der Untersuchung beantragt, dürfte die Hauptverhandlung in der Frankenfällungsaffäre in sechs Wochen stattfinden. Wie verlautet, werden die Beschuldigten wegen folgender Verbrechen unter Anklage gestellt: Geldfälschung, Anfertigung davon, Verbreitung falschen Geldes, Urkundenfälschung und Betrug.

Frankenfällung und Deutchenhebe.

Es ist manchmal recht befremdend, festzustellen, bis zu welchen Sprüngen sich die Hebe vertiefen kann, die an die Budapester Frankenfällungen geknüpft ist. Wenn unsere Ententegegner versuchen, irgend jemandem etwas auszuwickeln, dann muß selbstverständlich auch Deutschland herhalten, um irgend einen Grund zu diesem Tun zu liefern. Jetzt wird behauptet, daß ein angeblich bayerischer Unterthan, namens Schulz, der erste gewesen sein soll, der in einer Stadt am Rhein verlor, 500-Franknoten zu fällen. Da er jedoch befürchtete, entdeckt zu werden, sei er nach Ungarn ausgewandert. Tschelische Blätter stellen selbstverständlich ohne jede Unterlage die Behauptung auf, daß dieser mysteriöse Herr Schulz ein Verbindungsmitglied zwischen rechtsradikalen Reichsdeutschen und ungarischen Gruppen war. Dieser fiktiven Behauptung wird durch dieselben Blätter sofort widerprochen, wenn dann weiter erklärt wird, daß der Genannte auch der Verräter der Ungarn in Paris gewesen sein soll. Er habe sich in Budapest nur kurze Zeit an den Fällungen beteiligt, sei dann nach Paris gereist, um dort den Behörden den sauberen Plan der ungarischen Fällerei vorzulegen. Auf Grund seiner Angaben sei es der Pariser Polizei möglich gewesen, schon im Juni des vorigen Jahres die Angelegenheit in Angriff zu nehmen. Soweit festzustellen ist, hat es einen solchen mysteriösen Herrn Schulz überhaupt nicht gegeben. Er dürfte daher nur ein Phantasienebild deutschfeindlicher Journalisten sein, das sich in der Deklamation gut gebrauchen läßt.

Grans-Prozess in Hannover.

Hannover. Die erneute Verhandlung gegen den Mitheller des Massenmörders Haarman begann am Dienstag vor dem Schwurgericht in Hannover. Grans war wegen Beihilfe zum Mord in einem Falle zum Tode und in einem zweiten Falle zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Das Verfahren gegen ihn wurde nochmals aufgenommen infolge eines Briefes Haarmanns, worin dieser seine früheren Angaben widerrief und Grans für unschuldig erklärte. Vor- und Staatsanwälte waren dieselben Personen wie im Haarman-Prozess. Zunächst wurde Grans über seine Personlichen vernehmen und über sein Vorleben, wobei Grans dieselben Angaben wie im ersten Prozesse über seine Veranlassung mit Haarman machte. Ebenso wiederholte er die Angaben über die "Vettelfahrt" mit Haarman nach Hamburg. Grans bestritt abermals, Kenntnis von Haarmanns Mordtaten gehabt zu haben, wenn er auch zugab, daß er von dem Verkehr Haarmanns mit jungen Leuten gewußt habe. Er bestritt auch, Haarman jemals junge Leute zugeführt zu haben.

Der Wohnungsbedarf der Besatzung.

Die Umgruppierung der Truppen im besetzten Gebiet bringt für die Bevölkerung der Städte gewisse Härten mit sich, jedoch treffen manche Meldungen darüber nicht vollkommen zu. Nach den bis jetzt an zukünftiger Stelle vorliegenden Nachrichten werden in dem neuen englischen Besatzungsgebiet lediglich in Königsfelden größere Anforderungen an Wohnungen gestellt werden als bisher, aber es sollen auch da gewisse Erleichterungen eintreten. Nach einem Bericht der Reichsvermögensverwaltung werden sechs größere Hotels und Villen, die bisher von den französischen Besatzungsbehörden in Anspruch genommen waren, künftighin frei sein. In Wingen hat die französische Besatzung 59 Wohnungen in Anspruch genommen, die Engländer haben bis jetzt nur 42 Wohnungen angefordert. Wenn auch die englische Besatzung in Wingen etwas größer sein wird als die französische, so wird doch der Wohnungsmarkt davon nicht betroffen, weil die Truppen in Kasernen untergebracht werden. Ein Anlaß zur Verunsicherung besteht dort also nicht. Die Festhalte haben zwar die Engländer ursprünglich zur Unterbringung ihrer Geschlechtskranken beschlagnahmt, aber das sollte nur provisorisch sein, und es wird noch über eine andere Regelung verhandelt; es ist möglich, daß die Engländer sich Baracken aus Köln beschaffen. In Döhlen beantragen die Engländer nur ebensoviele Wohnungen wie die Franzosen. In Vangerlohswald, wo die Franzosen 52 Wohnungen hatten, beantragen die Engländer nur 48. In Wiesbaden haben die Engländer erklärt, daß sie mit der gleichen Anzahl Wohnungen auskommen wie die Franzosen. In bezug auf die Räumung der Kölner Zone ist zugesichert worden, daß das englische Oberkommando beabsichtigt sein wird, die Räumung bis zum 31. Januar zu vollenden.

Entscheidung i. d. Deutschen Demokratischen Partei.

Berlin. (Funkpruch.) Wie die Volkische Zeitung berichtet, fand eine Versammlung der Vertrauenspersonen der Deutschen Demokratischen Partei Berlins unter dem Eindruck der Haltung der Sozialdemokratie eine Entscheidung, in der sie der demokratischen Fraktion des Reichstags, besonders ihrem bewährten Führer, Dank und Anerkennung für die zielbewußte Haltung während der gegenwärtigen Regierungskrise ausspricht und bedauert, daß eine große Partei, die die Volkische von Locarno bisher in voller Überzeugung unterstützt hat, in schwerer Stunde die Mitarbeit am Werke der Rettung und des Wiederaufbaus ablehnt.

Bayerische Kommunisten vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig. Am Dienstag begann vor dem Sächsischen Senat des Staatsgerichtshofes unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Kiedner eine Reihe von Hochverratsprozessen gegen bayerische Kommunisten. Zunächst haben sich wegen Verbrechen gegen die §§ 81, 86, 47 und 78 des Strafgesetzbuches und gegen die §§ 7, 9 und 10 des Republik-

gesetzes zu verantworten der Monteur Kaufmayer aus München und fünf Genossen. Verbunden mit dieser Verhandlung wird die Strafsache gegen den Maurer und Stadtrat Martin Kern in Mühlbach und den Schuhmacher Clemens Steiberger in München.

Die Stärke der Besatzungstruppen im Rheinland.

London. (Funkpruch.) Ein Korrespondent des Daily Telegraph meldet, er erfahre, daß der Unterausschuß der Vorkonferenz der Stärke der Besatzungstruppen im Rheinland sich auf die folgenden Zahlen so gut wie geeinigt habe: Frankreich 60 000 Mann, Großbritannien 8000 Mann, Belgien 7000 Mann. Die militärischen Ratgeber der französischen Regierung hätten anfangs ihre Auffassung durchgesetzt, daß Frankreich durch 4 Divisionen zu je 15 000 Mann vertreten sein solle. Die Entscheidung dürfte noch der Bestätigung durch die Vorkonferenz bedürfen.

Die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin. Die Schweizerische Delegation für die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen, die unter Führung des Chefs der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements Direktor Studt steht, ist gestern vormittag in Berlin eingetroffen. Die Schweizerische Delegation wurde im Laufe des Nachmittags vom Reichsminister Dr. Stresemann empfangen. Im Anschluß an diesen Empfang hat die Eröffnung der Verhandlungen der deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen, die auf den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zwischen beiden Ländern gerichtet sind, stattgefunden.

Die im Finnischen Meerbusen vom Eise blockierten deutschen Schiffe.

Stettin. Von der Marineleitung wird mitgeteilt: Im Eis des Finnischen Meerbusen befinden sich folgende deutsche Schiffe: Alara Blumenfeld, Alara Kunkmann, Phila, Andine, Tilit, Redar, Trave, Marienburg, Rheingold, Hornsee, Dornack, Neuwert, Faust, Oostland, Alingamme, Wilhelm Kub, Götterhof, Siegrid, Sturm. — Im Feingrubers Hafen liegen Arnhof, Preußen, Johann Bus, Pallas. Ferner Triumpf in Rotta und Brölen in Hangö.

Die Hilfsaktion für die blockierten Schiffe.

Stettin. Nach einer Mitteilung der Dienststelle der Marineleitung ist von der Deutschen Gesellschaft in Dänemark ein Telegramm eingegangen, wonach Dänemark am 11. 9 Uhr 30 Min. abends die Radioverbindung mit der „Hessen“ aufgenommen hat. Ferner ist von der Volksflotte ein Telegramm eingegangen, demzufolge die russische Marineverwaltung die dauernde Radioverbindung mit der „Hessen“ über die Eisverhältnisse angefragt hat.

Fluglinie Stockholm—Stettin—Berlin.

Aus Stockholm wird gemeldet: Nordiska Flygroboteriet hat bei der Regierung um die Konzession für eine See-Fluglinie Stockholm—Stettin mit direktem Anschluß nach Berlin nachgesucht. Diese Linie soll, wenn die entsprechende deutsche Konzession bewilligt wird, anstelle der bisher betriebenen Stockholm—Danzig—Berlin treten. Die Verbindung Stockholm—Berlin würde durch die geplante neue Fluglinie auf eine Flugzeit von 6—7 Stunden verkürzt werden. Auch könne der Verkehr auf dieser Linie, wie die Gesellschaft in ihrer Eingabe betont, nach einer kürzeren vorbereiteten Periode als Nachverkehr betrieben werden, wie auch die Aufrechterhaltung des Verkehrs während des ganzen Winters auf dieser Linie möglich sei. Die Linie soll zunächst während des Jahres 1926, und zwar ohne Staatszuschuß von schwedischer Seite, betrieben werden. Von besonderer Bedeutung sei eine Luftverkehrslinie Stockholm—Stettin jedoch für die Verbindung Schwedens mit den östlichen Nachbarländern, in denen ein überaus lebhaftes Interesse für eine direkte See-Flugverbindung mit Stettin bestehe.

Raubüberfall auf zwei Postbeamte.

Nordhausen. Wie man zu dem Raubüberfall auf zwei hiesige Postbeamte noch erzählt, ist der dritte der Räuber, der bei der Verfolgung entkommen war, kurze Zeit später erschossen worden. Er hatte sich durch einen Revolverkugelschlag getötet. Bisher ist es nicht gelungen, die Identität der Räuber festzustellen.

100 000 Mark bei der Reichswehr unterschlagen.

Berlin. (Funkpruch.) Eine riesige Unterschlagung wurde der V. J. zufolge bei der Geeres-Rechnungs- und Wirtschaftsstelle in Lautitz festgestellt. Gestern Abend ergab eine unangemeldete Revision, daß die Bücher zum Teil falsche Eintragungen aufwiesen. Eine genaue Nachprüfung ergab, daß der Obersekretär Röhling seit etwa 1 1/2 Jahren Buchungen gefälscht hatte und zu Ungunsten der Geeresverwaltung ein Fehlbetrag von 100 000 Mark entstanden war. Röhling wurde verhaftet und dem Lautwitzer Amtsgericht zugeführt.

Die Berliner Arbeitererziehung.

Anklage wegen 12fachen Mordes.

München. (Funkpruch.) Vor dem Schwurgericht München begann heute die Verhandlung gegen den Deutschnamen a. D. Wiking aus Berlin-Tempelhof und den ehemaligen Wilmersdorfer Präkter aus Berlin wegen 12fachen Mordes bzw. Anstiftung hierzu. Der Prozeß führt in die Zeit der Märschenzüge in Bayern im Jahre 1919 zurück.

Erwerbslosenfürsorge für höher bezahlte Angestellte.

Berlin. (Funkpruch.) Dem Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten wurde ein Gesetzentwurf zur Vervollständigung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vorgelegt, der die Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge zum Inhalt hat. Dem Gesetz soll rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1926 ab verliehen werden. Die Ausführung des Gesetzes wird durch eine Verordnung erfolgen, die unmittelbar nach seiner Verkündung im Reichsgesetzblatt ergehen soll. Sie erweitert das Recht zum Bezüge der Erwerbslosenunterstützung auf Angestellte mit einem Jahresverdienst von mehr als 2700 bis zu 6000 Reichsmark und verpflichtet die Angestellten derselben Gehaltsklassen und ihre Arbeitgeber zur Leistung von Beiträgen. Doch soll der Teil des Arbeitsverdienstes außer Betracht bleiben, der die Krankenversicherungspflichtgrenze übersteigt. Die höher bezahlten Angestellten werden also durchwegs Beiträge nach einem Jahresarbeitsverdienst von 2700 Reichsmark zu leisten haben. Die Beitragseinziehung wird, wie in der übrigen Erwerbslosenfürsorge den Krankenkassen übertragen. Zur schnelleren Erzielung des Gesetzeszweckes wurde ein Unter-

Vertikales und Sächsisches.

Mielz, den 18. Januar 1926.

— Von der Versorgungsanstalt der Deutschen Reichspost. Der Präsident der bDervostdirektion Speyer, Hop, wurde, wie die Sächsische Rundschau berichtet, zum Vorsitzenden des Ausschusses der neuerrichteten Versorgungsanstalt der Deutschen Reichspost, die ihren Sitz in Dresden hat, ernannt.

— S. Sächsische Landwirtschaftliche Woche in Dresden. Am Montag, den 25. Januar, vormittags 10 Uhr, findet durch den Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer Vogelsang-Obersbach, im großen Saale des Vereinshauses, Dresden-N., Zinzendorfstraße, die Eröffnung der 8. Sächsischen Landwirtschaftlichen Woche statt. Gleich am ersten Tage beginnen die Referate und zwar zunächst von Professor Dr. Ernst Schulze, Direktor des Weltwirtschaftsinstitutes, der Handels-Hochschule Leipzig über „Dauerkräft und Dauerhaft“, ferner von Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Gustav Fischer, Berlin, über „Motorische Arbeitsleistung unter besonderer Berücksichtigung der Tiefkultur“. Mehrere Vorträge ist mit Hochbildern. Daran anschließend ist die öffentliche Hauptversammlung des Landesvereins Sachsen für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege, wobei Hofrat Professor Dr. Senffert einen Vortrag hält mit Film und Musik. Am gleichen Tage findet nachmittags 4 1/2 Uhr die Eröffnung der Saat- und Pflanzgutausstellung des Landesbauvereins für Sachsen statt. Neben den tagenden Hauptversammlungen der zweckverwandten Verbände findet am Abend im großen Saale des Konzerthauses, Prager Straße, noch eine politische-gesellschaftliche Zusammenkunft des Sächsischen Landbundes statt.

— Zum sächsischen Niderzuchttag. Das Inkrafttreten des neuen Niderzuchtgesetzes in der Zeit höchster wirtschaftlicher Not hat in den Kreisen der Landwirtschaft schwere Bedenken hervorgerufen. Demgegenüber muß doch bemerkt werden, daß zunächst weder die Landwirtschaftskammer das Gesetz veranlaßt, noch dessen Einführung gegenwärtig gewünscht hat. Im Gegenteil hat sich sowohl der Landeslandwirtschaftsrat als die Landwirtschaftskammer bei den Beratungen über den Entwurf bei der Regierung tatkräftig und stets dafür eingesetzt, daß das neue Gesetz erst nach Behebung der augenblicklichen Krise in Kraft treten soll. Im übrigen darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß, nachdem man sich mit dem Inkrafttreten des Gesetzes abfinden muß, die Absichten der Regierung zur Behebung der Niderzucht dennoch durchaus berechtigt sind und jeder Unterstützung bedürfen. Das Gesetz bestimmt in seiner jetzigen Form eigentlich nichts weiter, als was seit Jahrzehnten den Landwirten angeraten worden ist und leider nur in wenigen Gemeinden des Landes erreicht werden konnte, nämlich die Gründung von Zuchtgenossenschaften. Es hat nur den einen unangenehmen Beleg, daß es eben Gesetz ist und infolgedessen zum gemeinsamen Zusammenwirken zwecks gemeinsamer Duldung zwingt. Auch die Landwirtschaftskammer selbst empfiehlt, daß die Landwirte das nunmehr unvermeidliche Niderzuchtgesetz ohne alle Erregung durchprüfen und zu der Erkenntnis kommen möchten, daß dessen Durchführung letzten Endes ja doch nur zur Förderung der Niderzucht dienen soll und kann, daß jedoch seine Einführung keinesfalls Gelegenheit geben darf, ungerichtete Angriffe gegen die Landwirtschaftskammer zu richten und Unruhe in die Reihen der Landwirtschaft zu tragen.

— Die Westdeutsche Funkausstellung in Köln. Die Reichspost wird auf der Westdeutschen Funkausstellung in Köln (30. Januar bis 7. Februar) neben einer größeren Anzahl von Empfangsapparaten, die im Betrieb vorgeführt werden, auch eine historische Uebersicht über die Sender für drahtlose Telegraphie zeigen. Sie beabsichtigt ferner, einen fogen. Kurzwellenentwurf aufzustellen, der auf einer Wellenlänge von 50 bis 100 Meter arbeitet.

— Schlechte Aussichten für Deutsche in Mexiko. Die augenblickliche Wirtschaftslage in Mexiko ist immer noch sehr traurig. Die Geschäfte gehen schlecht, haben mehr Verluste als Einnahmen und sind meistens gezwungen, zum Einstandspreise zu verkaufen. Die natürliche Folge ist eine Verminderung des Personals und Arbeitslosigkeit. Ich würde also, so schreibt ein Deutscher in Mexiko an das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart, unter diesen Umständen keinen raten, aufs Geratewohl nach Mexiko zu kommen noch dazu, wenn er etwa die spanische und englische Sprache nicht vollkommen beherrscht. In meiner Pension wohnen mehrere Deutsche, die schon etwa ein halbes Jahr stellenlos sind.

— Strechla. Das „Strechla. Tagbl.“ berichtet: In Gergia war jüngst ein Kaiserfisch unter Nachbarn gehandelt worden; am Freitag Abend stielte das Sortiment in sein neues Heim über. Man steckte es zu diesem Zweck, wie üblich, in einen Sack und trug es zu seinem neuen Besitzer. Mit dem abgeschlossenen Geschäft waren die Beteiligten alle zufrieden, nur — das Schwein nicht. Am nächsten Morgen machte der neue Besitzer die Entdeckung, daß sein Stall leer war. Das Schwein hatte sich nachts auf und davon gemacht, und zwar war es zu seinem alten Besitzer zurückgekehrt. Wie sich herausstellte, ist das Tier durch den Schweinetrog getrieben und gewann weiter durch eine Ausbuchtung unter der Stalltür, die für die Fühler bestimmt ist, den Weg ins Freie. Der Fall wiederholte sich noch einmal, als man versprochen hatte, die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Die Lust des Schweines dürfte immerhin bemerkenswert sein. Auch diesem Tier wohnt ein gewisser Instinkt inne, wie er sonst in der Hauptsache bei Hunden, Katzen und ähnlichen Tieren ausgeprägt ist. Es mag sich ja in diesem Falle um ein besonderes schlaues Schwein handeln.

— Meikeu. Der Bezirksauschuß stimmte der Eingemeindung von Niederjähna nach Meital zu.

— Dresden. In einem Schuhwarengeschäft in Reichenberg bei Dresden wurde in der Nacht zum 5. 1. 26 ein größerer Einbruchsdiebstahl verübt. Es wurden Schuhwaren im Werte von über 500 Mark erlangt. Zur Ermittlung des Täters beantragte man den Späthund „Nini“ von der Landgardmerie Arnsdorf. Nach kurzer Arbeit stellte der Hund wiederholt den eigenen Geschäftsinhaber. Er legte nach kurzem Leugnen ein Geständnis ab, daß er wegen Zahlungsschwierigkeiten den Einbruch kugelt habe. Der Verhaftungsagent war bereits von dem Geschäftsinhaber zur Einbruchsstelle gerufen worden. Die gesamte Ware wurde in einem verpackt im eigenen Grundstück unter dem Komposthaufen vergraben wiedergefunden.

— Dresden. Protest gegen die Musikinstrumentensteuer. Bekanntlich hatten die Dresdner Stadtratsordnungen gegen Ende des vergangenen Jahres beschlossen, daß die Musikinstrumentensteuer einmal völlig abgeschafft, dann aber auch die seit 1. April 1925 rückständigen Steuern für Musikinstrumente nicht naderherben werden sollten. Der Rat zu Dresden hat aber dem Stadtparlament gegenüber erklärt, daß er unter keinen Umständen auf diese Steuer verzichten könne und daß er bereits Anweisung gegeben habe, im Anfang d. Jahres die Erhebung der Steuer erneut fortzusetzen. Nun haben zahlreiche Verbände und Vereine, darunter der Chorleiter-Verband Dresden und Umgebung, der Elbsängerbund, der Tonkünstlerverein, der Gesamtverband der Musikalischen Kapelle der Staatstheater zu Dresden, der Verband Deutscher Klavierhändler und Musikwarengroßhändler, die selbständigen Klavierhändler und Stimmer, der Mozartverein, der Reichsverband deutscher Tonkünstler und Musiklehrer und eine große Anzahl ausübender Künstler an

den Oberbürgermeister Blücher einen offenen Brief gerichtet, indem sie schärfsten Protest gegen die erneuten Bemühungen erheben, die Weitzerehebung der Musikinstrumentensteuer durchzuführen. Die Verbände weisen darauf hin, daß die Musikinstrumente Kulturgüter sind, wichtige Erziehungs- und Bildungsmittel und unentbehrlich mit Luxusgegenständen oder unnützigem Aufwand zu versehen sind. Wenn der Rat zu Dresden darauf hinweise, daß diese Steuer ein gutes finanzielles Ergebnis gehabt habe, so sei das zweifellos ohne Rücksicht auf den Beruf, ohne Rücksicht auf die Einkommenverhältnisse die Steuer erhoben habe. Wenn aber seitens des Rates angefragt sei, daß in gewissen Fällen Erleichterungen eintreten könnten, so sei demgegenüber festzuhalten, daß dann die dahingehenden Verfügungen und Ermittlungen den Hauptteil der Steuer verschlingen. Im übrigen hat das Vorgehen des Rates in dieser Frage dazu geführt, daß auf verwaltungsrechtlichem Wege dieser Konflikt zwischen Rat und Stadtparlament entschieden werden muß.

Dresden. Der 9. Grad Ralte trat hier gestern morgen leichter Schneefall ein. Stadt Wehlen. Erdrückter Raubüberfall. Am Freitagabend hatte sich bei der besten Polizei ein Mann gemeldet, der am Nachmittag gegen 5 Uhr zwischen Rathenow und Stadt Wehlen von zwei Motorradfahrern angefallen und einiger Kleidungsstücke und eines Geldbetrages beraubt sein wollte. Wie die inwischen aufgenommenen Ermittlungen ergeben haben, ist der Raubdank von ihm erledigt worden. Der angeklagte Beraubte ist ein 30 Jahre alter Verwalter namens Willy Heber, der sich wegen Betrugschwindelen zu verantworten hat. Er wurde deshalb dem Amtsgericht Wehlen zugeführt.

Geising. Eine neue Erwerbsquelle hat sich den in Zinnwald wohnenden Arbeitern wieder erschlossen. Die Hans-Deinrich-Hütte, G. m. b. H., Frankfurt a. M., hat das in Konrads geratene Bergwerk Gewerkschaft Zinnwald, Zweigbetrieb Stahlwerk Beder, Wilsch a. Rh. mit sämtlichen Gebäuden erworben. Die Firma beabsichtigt, die Glümmmeraufbereitung zu betreiben und vergrößert dazu die bereits bestehenden Trockenanlagen. Die großen Sandbalden auf der rechten Seite der Straße nach Zinnwald sollen nach Glümmmer untersucht werden, und werden somit im Laufe der Zeit verschwinden.

Baun. Kommunale Bauernfänger. Einen Handreich auf den friedlichen Geist in der Lausitzer Landwirtschaft haben die Kommunisten versucht, indem sie unter Ausnutzung der Abstinenz gegen das neue Rinderzuchtgesetz mit seinem Zwang zur Bildung örtlicher Genossenschaften in aller Stille unter Vorzeichen einiger kleiner Landwirte, die den Zusammenhang nicht durchschauen konnten, eine große Protestversammlung gegen den Genossenschaftszwang auf Grund des Rinderzuchtgesetzes nach Baun einberiefen. Es hatten sich dazu gegen 300 Landwirte eingeladen, die sich in der irrigen Annahme befanden, es mit einer berufständischen landwirtschaftlichen Versammlung zu tun zu haben. Der Name des Referenten war bis dahin wohlweislich verborgen gehalten worden. Wohlgläubig wurde die Versammlung überredet durch den durch seine Redebegier in den Bauner Stadtverordneten-Versammlungen bekannten kommunistischen Stadtrat und Arbeitlosen Hoop, der auf einmal sein bauernfreundliches Herz entdeckt hatte und sich nun bemühte, seine zerlegende kommunistische Propaganda unter dem Deckmantel der Vertretung kleinbäuerlicher Interessen auch unter die Landwirtschaft zu tragen. Er hatte freilich kein Glück, denn der Vorsitzende der Bauner Kreisdelegation der Sächsischen Landwirtschaftskammer konnte Hoops zweifelhafte Darlegungen Punkt für Punkt widerlegen, wobei er von Landwirtschaftsrat Dr. Brückner, Dresden, wirksam unterstützt wurde. Dieses Vorgehen der Kommunisten ist so unverfänglich, als sich unter den Lausitzer Landwirten die Welle, die das Rinderzuchtgesetz aufgeworfen hatte, wieder gelagert hatten.

Baun. Weiterer Rückgang der Butterpreise. Auf dem Wochenmarkt am vergangenen Sonnabend ging der Butterpreis bis auf 90 und sogar 80 Pfennig zurück. Auf dem örtlichen Wochenmarkt war die Butter durchschnittlich für 55 Pfennig ein Stück zu haben. Dabei herrschte auf dem Bauner Markt ein beträchtlicher Butterüberfluß, wie man ihn seit Friedenszeiten noch nicht beobachtet hat. — Die Kreisbauernschaft Baun spricht dem Fräulein Ella Gertrud Dorn in Baun für die am 19. Oktober vorigen Jahres durch schnelle und entschlossene Handlungsweise bewirkte Errettung eines Knaben vor dem Absturz aus einem Fenster öffentliche Anerkennung aus.

Chemnitz. In der Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik von Sondermann u. Sittler A.-G., die im Dezember ihren Betrieb still legte, ist die Arbeit heute, wenn auch in beschränkter Umfang wieder aufgenommen worden, und es besteht die Hoffnung, daß das Unternehmen in nicht allzuferner Zeit seine Betätigung wieder voll beschließen kann.

Chemnitz. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den 33 Jahre alten Banarbeiter Handmann wegen einfachen Landfriedensbruchs zu 10 Wochen Gefängnis und den 25jährigen Schmied Viebert ebenfalls wegen Landfriedensbruchs in Verbindung mit schwerer Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis. Beide sind Angehörige der SPD. und hatten am 10. Oktober vorigen Jahres, wo Hitler in Chemnitz sprechen sollte, einen Anderer gesteuerten Überfall und schwer misshandelt.

Chemnitz. Am Sonntag vormittag fand hier die feierliche Eröffnung der Vorkursausstellung im städtischen Museum statt.

Leipzig. Der ordentliche Professor der Nationalökonomie des Vereinigten Staatswissenschaftlichen Seminars an der Universität Leipzig Dr. phil. et. rer. vol. Ludwig Poche, Ehrenmitglied der Staatswissenschaftlichen der Universität Frankfurt a. M., ist im Alter von 56 Jahren in Oberhof plötzlich gestorben.

Leipzig. Schwere Motorradunfall eines Chemnitzer Ingenieurs. Auf der Landstraße zwischen Wochau und Proßdorf in der Nähe der Dresdener Zellanstalt ist am Montag nachmittag ein Motorradfahrer mit einem Auto zusammengestoßen. Der Motorradfahrer wurde in gleicher Richtung fahrendes Auto mit einer Geschwindigkeit von etwa 80 Kilometer überholen. Im gleichen Augenblicke kam ihm ein anderer Kraftwagen in ungefähr 40 Kilometer Geschwindigkeit entgegen. Der Motorradfahrer konnte seine Maschine nicht mehr steuern und fuhr auf das Auto auf. Ihm wurde der Schädel zertrümmert, so daß er sofort tot war. Seine Beifahrerin wurde schwer verletzt. In dem Getöteten wurde der Ingenieur Hans aus Chemnitz festgestellt. Die schwerverletzte Ehefrau wurde in ein Leipziger Krankenhaus übergeführt.

Leipzig. Das bekannte Kaufhaus des Wehlens von Gebr. Wehl in der Merseburger Straße im Vorort Lindenau ist gestern früh von einem großen Schadenfeuer heimgesucht worden. Der Brand ist in der im ersten Stock gelegenen Schneiderei ausgebrochen und griff schnell auf das Lager der Woll- u. Baumwollwaren über. Die Hauptmasse der Leipziger Feuerwehr rückte mit 5 Schlängen aus und war den ganzen Vormittag über an der Brandstätte tätig. Während die oberen Räume des Warenhauses völlig ausgebrannt sind, wurden die eigentlichen Verkaufsräume vom Feuer verschont. Nur dem tauchfähigen Eingreifen der Feuerwehr ist es zu danken, daß das Feuer sich nicht zu einer Katastrophe auswirkte. Das gesamte Teppich- und Gardinenlager ist den Flammen zum Opfer gefallen. Ebenso sind die Einrichtungsgegenstände und die Möbel verbrannt. Der Gesamtschaden, der sehr beträchtlich ist, läßt sich zur Zeit noch nicht beziffern. Ebenso liegt die Ursache des Brandes noch nicht fest.

Wrocław. Zwischenfall vor dem Schöffengericht. Geheuer wurden vor dem kleinen Schöffengericht zwei Arbeiter wegen Einbruchsdiebstahls im Rückfall zu Gefängnisstrafen verurteilt. Nach Verkündung des Urteils sprach der eine über die Schranke und versuchte zu entfliehen. Ein Teil des Publikums im Zuschauerraum nahm Stellung für den Flüchtling. Hierbei erhielt ein Justizwachmeister einen schweren Stoß, der andere holte den Flüchtling auf der Treppe ein. Auf Veranlassung des Landgerichtspräsidenten werden von heute ab die dienenden Justizwachmeister mit Gummiknüppeln versehen.

Wrocław. Wieder ein deutsches Theater-Unternehmen ruiniert. Aus Krumau wird berichtet: Der Verein „Südböhmisches Schauspiel“, der unter schweren Opfern der Stadt Krumau und der deutschen Orte Südböhmens das Theater erhält, bekam am 4. Januar die Mitteilung, daß dem Verein die Konzession zum Betriebe des Theaters für das Jahr 1926 nicht erteilt werden könne, wenn nicht in verlässlicher Weise nachgewiesen wird, daß wenigstens zwei Drittel des künstlerischen Ensemble Angehörige der tschechoslowakischen Republik sind. Da Vorsitzende Hauptmann Ruch gleichzeitig mittelste, daß der Vertrag mit allen Engagierten bis Ende März eingehalten werden müsse, steht das künstlerische Unternehmen, das nicht einmal imstande wäre, selbst durch den Verkauf des ganzen Inventars, auch nur teilweise die Gagen, die monatlich 16.000 Kronen betragen, ohne jede Einnahmehöglichkeit zu zahlen, vor dem Untergang.

Ab 15. Januar können Sie das Rleser Tageblatt bei allen Zeitungsboten oder zur Vermittlung an diese in der Geschäftsstelle in Riesa, Goethestraße 50 zum Bezuge auf halben Monat bestellen

Vermischtes.

Unterdrückungen beim Lübecker Finanzamt. In Lübeck lieferten in den letzten Tagen Gerüchte über große Unterdrückungen und umfangreiche Verhaftungen beim Lübecker Finanzamt. In diesem Umfange wird die Nachricht von zuständiger Stelle nicht bestätigt. Das Finanzamt teilt lediglich zur Anfrage mit, daß in Einzelfällen Unterdrückungen in geringerer Maße vorgenommen seien. Bisher sei auch nur eine Verhaftung vorgenommen worden.

5200 Aufwertungsanträge bei einem Amtsgericht. Beim Amtsgericht Kapellen (Schles.) sind mehr als 5200 Aufwertungsanträge eingelaufen. Die Aufwertungsanträge werden eine schwere Geduldsprobe bestehen müssen, ehe ihre Anträge das Gericht beschleunigen.

Knabenattentat auf die Gerichtskasse. Ein Knabenleben führte in den letzten Monaten ein 17 Jahre alter Kaufmannslehrling und ein 15jähriger Junge in Lahr. Die beiden haben mehr als acht Gartenäpfel und das Pulverhäuschen eines Steinbruchs erbrochen, wobei sie Handwerkzeuge, Geldscheine, ein Leinwand und Pulver erbeuteten. Ferner verübten sie in Ladengeschäften und in einem Wirtschaftshotel freche Diebstähle, schnitten von auf der Straße stehenden Motorfahrzeugen die Verteilungsschrauben ab, brachen in die Geschäftsräume einer Firma ein und entwendeten dort ca. 150 Mark usw. Für letzter Plan war ein Anschlag auf die Gerichtskasse von Lahr. Dieses Projekt müssen sie aber etwas aufschieben, denn sie sind inzwischen verhaftet worden.

Der Raubmord in Geseff. In dem etwa 1400 Einwohner zählenden, zur Provinz Sachsen gehörigen, aber noch als vogelländisches Gebiet betrachteten Städtchen Geseff hat, wie berichtet, ein blutiger Raubmord große Aufregung hervorgerufen. Der Tat bringen verdächtig ist der 27-jährige Arbeiter Walter Heinrich Friedrich, geb. 18. August 1895 in Tanna, der seit der Tat flüchtig ist. Der Täter hat sich in letzter Zeit in Geseff aufgehalten und in der Nähe der Bank umhergetrieben. Der Ermordete, ein Schwerkrankenleidender mit einem künstlichen Bein, leitete die Geseffer Filiale allein und verlor auch die Vantagskassette in Tanna. Dort wollte er am Nachmittag und lehrte gegen 5 Uhr nach Geseff zurück, wo die bis halb 7 Uhr während den Kaffeestunden durchzuführen. Er ist mit der Tochter des Gastwirts Albin Wagner (Grüner Baum) seit etwa einem Jahre verheiratet und 28 Jahre alt. Die Tat muß kurz nach 6 Uhr ausgeführt worden sein. Als seine Frau, die bei ihren Eltern einen kürzeren Besuch gemacht hatte, zurückkehrte, sah sie in den Vorkassenschein kein Licht, hörte auch das Weinen eines jungen Schäferhundes, der sich in dem Raume befand. Als sie denselben betrat, fand sie ihren Mann auf dem Boden liegend in einer Blutlache auf. Der Täter muß von der Haustüre aus in den Raum eingedrungen und den an der Schreibmaschine sitzenden Bankvorsteher von hinten gepackt und ermordet haben. Im Hause, in dem mehrere Familien wohnen, war von dem Vorgange nichts bemerkt worden. Geraubt sind etwa 2000 Mark. Nebenbei ist nun, daß Reisende aus den Täter achteten, und daß an den Grenzen strenge Kontrolle geübt wird, da anzunehmen ist, daß der Täter verflucht wird, ins Ausland zu entkommen. Vielleicht lenkt der Raubmörder auch durch größere Geldausgaben die Aufmerksamkeit auf sich. Jede, auch die geringste Wahrnehmung, ist für die Polizeibehörde und Gendarmerieaktionen von Wichtigkeit. Interessieren dürfte, daß der mutmaßliche Mörder in Plauen Verwandte hat und hier vor zwei Jahren einen Einbruch ausgeführt hat. Wegen dieser Straftat ist er verurteilt worden, hat aber Bewährungsfrist erhalten. Freitagabend gegen 8 Uhr war Friedrich noch in Tanna und hätte verhaftet werden können, wenn ein telefonisches Gespräch aus Geseff etwa zehn Minuten früher angekommen wäre. Als man daraufhin nach ihm forschte, war er bereits wieder verschwunden, und man vermutete, daß er sich nach Plauen begeben hatte. Später wurde aber festgestellt, daß sich Friedrich zu seinen Schwiegereltern nach dem zehn Minuten von Tanna entfernten Frankendorf begeben hatte. Dort hat er aber nur, wie er dies öfters tat, seine Schwiegereltern begrüßt. Später hat er auch noch für seine Eltern, der ein gutgehendes Kohlengeschäft betreibt, und sich in der ganzen Umgebung eines guten Rufes erfreut, eine Rechnung bei Tanna kassiert.

Ein Bahnpolizist wird ermordet. Auf der Vorkursstraße Berlin-Rosdamm wurde ein Bahnpolizist von einem Raubmörder ermordet. Der Täter hatte sich durch ein kleines Fenster eingeklinkt in den Wagen verschafft. Wie viele Pakete entwendet worden sind, steht noch nicht fest.

Im Rettungsring auf hoher See geborgen. Aus Hamburg wird gemeldet: Auf einer Rettungsboje treibend ist in der Fehling der 35 Jahre alte Matrose Otto Emil Sieblich von der Besatzung des deutschen Dampfers „Friedrich Jürgen“ geborgen worden. Sieblich, der völlig erschöpft mehrere Stunden im Rettungsring getrieben hatte, war beim Aussehen eines

Bootes über Bord gefallen und konnte nicht wieder gerettet werden.

Strandung eines englischen Dampfers. Der Dampfer „Babura“ (5507 Tonnen) aus Glasgow ist bei Carnfore Point (Grafschaft Bedford) gestrandet.

Gras-Ludner-Weltumsegelungs-G. m. b. H. Auf der Nordwestküste von Hamburg wird zur Zeit der in Amerika erbaute Viermast-Motorshiper „Komet“ einem Umbau für die in Hannover ins Leben gerufene „Gras-Ludner-Weltumsegelungs-G. m. b. H.“ unterzogen. Mit dem aus dem Weltkrieg durch seine Ausrüstungen bekannten Namen „Seabler“ eine Fahrt um die Welt antreten, um für die deutsche Heimat und den kolonialen Gedanken zu werben.

Großfeuer in der Mainzer Bitabelle. Zwischen 1 und 2 Uhr nachts brach in einem auf der Mainzer Bitabelle gelegenen großen französischen Automobilschuppen Feuer aus, das nahezu zwei Stunden andauerte und durch den gewaltigen Feuersturm und die hohe Lage der Brandstelle weithin sichtbar war. Das Gebäude mit Inhalt brannte völlig nieder. Die Feuerwehr hatte vollständig zu tun, um das Übergreifen des Brandes auf die in der Nähe liegende Kaserne zu verhindern.

Brandunglück im Staate Louisiana. Bei einem Brandunglück, das das Johnson-Hotel in Ferriday im Staate Louisiana und den angrenzenden Wald von hölzernen Fachwerkhäusern zerstörte, kamen 10 Personen ums Leben. Es wird befürchtet, daß sich noch mehr Leichen in den Trümmern befinden.

Zusammenstoß zwischen Schneekugel und Auto. Aus London wird gemeldet: In einem Bahnhofsübergang in der Nähe von Millingworth ist ein Schneekugel in ein von vier Personen besetztes Automobil hineingefahren. Von den Insassen wurden zwei sofort getötet, die beiden anderen schwer verletzt.

Ein verhängnisvoller Theater-Dolch. Stob. Aus Bonn wird gemeldet: Bei der letzten Aufführung des „Othello“ wurde die Darstellerin der Desdemona durch den ungeschickten Dolchstoß ihres Othello erheblich verletzt. Trotz des starken Blutverlustes spielte die Darstellerin ihre Rolle zu Ende. Nach der Vorstellung mußte sie jedoch ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Der Kaiserler Hungerkünstler hat sich Iran! gehungert. Wir berichten feinerzeit darüber, daß, französischen und englischen Beispielen folgend, sich ein gewisser Korhof in Kassel als Hungerkünstler etabliert und verpflichtet hatte, eine 42tägige Hungerkur durchzumachen. Er war, in einem Gasthof eingeschlossen, in einem Kaiserler Café zur Schau gestellt. Nach seiner jüngsten ärztlichen Untersuchung, bei der ein Gewichtsverlust von einigen 30 Pfund festgestellt war, wurde ihm abgeraten, die Gewaltkur fortzusetzen. Trotzdem ließ sich Korhof, der bereits über 30 Tage gebungert hatte und also bis zum Abbruch seiner Verpfichtungszeit nicht mehr weit hin hatte, von neuem in den Gasthof locken. Gleich darauf ist er jedoch an völliger Entkräftung zusammengebrochen. Nachdem er das Bewußtsein wiedererlangt hatte, wurde er in beständlichem Zustande dem Krankenhaus zugeführt.

Kapenstollwut im Spezzart. Nach amtlicher ärztlicher Befunde wurde in Neudorf im Spezzart die Kapenstollwut festgestellt. Ein 3- und ein 16-jähriger Knabe sind von einer Lage geblieben worden. Beide Knaben wurden in die Wutstollwut nach Wärsburg gebracht. Bis zum 4. April wurde eine Hund- und Katzenstollwut verhängt.

Butter zum Friedenspreis! Nachdem vor einiger Zeit die Nachricht durch die Wälder ging, daß in Mecklenburg und Pommern ein etwas ungeschicklicher oder dafür umso größerer Preis für Butter zu verdienen sei, weil das große Angebot aus den Nordländern und aus Holland sowie andererseits die Geldknappheit den Absatz der teuren inländischen Butter erheblich erschwert, wird jetzt ein bemerkenswerter Butterpreisanstieg auch von den heftigsten Märkten gemeldet. Wenn Schluss des letzten Wochenmarktes in Darmstadt gelang, gingen die Butterverläufer bis auf 1,20 Mark pro Pfund im Preise der Butter herunter. Der Milchpreis ist um 4 Pfg. pro Liter gesunken, womit der Friedenspreis wieder erreicht sein wird.

Was der Russenust wird. Aus London wird gemeldet: Zur Lunch-Zeit kamen gestern zwei sehr elegant gekleidete Französinen ins Savoy-Cafe, die jede ihren großen Ruff vorstreckte auf einen Tisch neben sich legten. Kurz bevor die Damen aufbrachen, sah man, wie der Kellner auf eine leise gegebene Anordnung hin, beide Ruffen auf einem Servierbrett forttrug und, nach wenigen Augenblicken zurückkommend, zum Erkennen der übrigen Gäste sowohl den Ruff, wie auch den Chinilla-Ruff seiner Eigentümerin wieder übergab. Und des Ruffs Lösung? Jeder Besucher noch Murrend über sich in den Ruffen späheren tragen, sie enthielten ganz einfach eine Warmflasche. Der wieder zu Ehren gelangte Ruff macht das Nimmchen einer Warmflasche möglich und ist alle modernen Ruffen haben daher im Innern eine Tasche zum Aufnehmen dieses wärmenden Apparates. Natürlich läßt sich die warme Flasche nach dem Essen im Restaurant die Flasche von neuem füllen, ehe sie in die Kasse hinausst.

Napoleon und der Selbstmord. In Paris wird man beobachtet haben, daß zur Zeit der Tag- und Nachtgleiche die Zahl der Selbstmorde eine bemerkenswerte Steigerung erfährt. Das ist auch diesmal wieder der Fall gewesen und anaechsis der beängstigenden Höhe der Zahl der vorgekommenen Selbstmordfälle stellt es nicht an Stimmen, die für eine gerichtliche Bekräftigung des Selbstmordbegriffes als Verbrechen nach christlichen Minder eintraten. Aus diesem Anlaß erinnert man sich daran, wie Napoleon feinerzeit gegen den Selbstmord in der Armee einschritt. Als sich unter seinem ersten General ein Grenadier aus Wiesbaden gemeldet hatte, ließ Napoleon einen Tagesbefehl erlassen, der folgenden Inhalt hatte: „Ein Soldat soll die Kraft haben, den Schmerz und die Wunde der Leidenschaft zu überwinden. Um eines großen Seelenkammers Wert zu werden, bedarf es nicht geringeren Mutes, als im Augenblick zu stehen. Wenn man dem Mummer keinen Widerstand leistet und sich das Leben nimmt, um ihm aus dem Wege zu gehen, so ist das nicht anders, als wenn man das Schlachtfeld verläßt, ehe noch der Sieg erkämpft ist.“

Keine Ueberbevölkerung auf der Erde. In der Erörterung über die wirtschaftliche Misere in Europa wird zur Begründung der Ursache hieran sehr oft auf die drohende Ueberbevölkerung der Erde hingewiesen. Zu hochhaltig sind diese Behauptungen nicht, wenigstens geht aus statistischen Zahlen, die Hermann Thiede in einer recht interessanten Abhandlung niederlegt, hervor, daß die Erde noch recht viel Platz für uns Menschen hat. Nach seiner Berechnung kommen auf ein Quadratkilometer in Europa 43,7 Menschen, in Asien 23,8; in Afrika 5,9, in Nordamerika 3,9, in Südamerika 3,7; in Australien 0,7. Für Europa zeigt die Dichte der menschlichen Bevölkerung nicht geringere Unterschiede als für die ganze Erde. Es entfallen auf 1 Quadratkilometer in Belgien 245 Bewohner, in Holland 200, in England 154, in Deutschland 127, in Italien 126, in Frankreich 71, in Spanien 42, in Rußland 23, in Norwegen 8. Sehr interessant sind auch die Zahlen, die den Bevölkerungszuwachs erläutern. Von einem Bevölkerungszuwachs in Europa kann man allerdings nicht sprechen. Hier wird ein bedingender Geburtenrückgang festgestellt, der allerdings nicht zur vollen Auswirkung kommt, da die Sterblichkeits-

ebenfalls gesunken ist. Es entfielen auf 1000 Einwohner an lebend Geborenen in Deutschland im Jahre 1880 39,1, im Jahre 1923 21; in England sank die Ziffer im gleichen Zeitraum von 35,5 auf 19,7; in Frankreich von 25,4 auf 19,4; in Italien von 36,9 auf 29,4. Sehr beachtenswert ist auch die Zahl über die Geburtenverhältnisse in den Weltstädten; so hatten auf 1000 Einwohner an lebend Geborenen New York im Jahre 1912 26,7, im Jahre 1922 22,2; in London verminderte sich in der gleichen Zeitspanne die Zahl von 24,8 auf 21,0; in Berlin von 19,4 auf 11,3; in Wien von 17,8 auf 15,1; in Paris von 17,2 auf 10,2. Das Wachstum, das die Großstädte in der letzten Zeit zu verzeichnen hatten, ist also keineswegs einem Geburtenüberschuss zuzuschreiben, sondern nur der ununterbrochenen Völkerverwanderung von dem Lande in die Stadt.

Die staatliche Medizin in D. e. s. Eine vorzügliche Aufwärtsentwicklung hat die staatliche Medizin in D. e. s. genommen. In aller Kürze werden 1,5 Millionen amerikanische Mediziniker entziffert, mit deren Vereinfachung festgestellt werden soll. Bekanntlich sind die amerikanischen Heiler immum gegen die Medizin. Sie sollen auf deutsche Heiler aufgeschritten und damit zur Bekämpfung des Weltleidens benutzt werden.

Eine Liste der Trunkenbolde. Eine neuartige Erziehungsmethode verfolgt der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau in einer mit Zustimmung des Provinzialrates erlassenen Polizeiverordnung über die Verabfolgung geistiger Getränke. Nach dieser Verordnung ist es den Gast- und Schankwirten sowie den Branntwein-Kleinhandlern verboten, geistige Getränke zum sofortigen Genuß oder zum Mitnehmen an solche Personen zu verabfolgen, die von der Polizeibehörde als Trunkenbolde bezeichnet sind. Solchen Personen darf auch nicht der Aufenthalt in dem zum Ausschank geistiger Getränke bestimmten Lokal gestattet werden. Ferner ist nach der erwähnten Verordnung verboten, das Verabfolgen und Ausschanken von Branntwein und branntweinhaltiger Getränke an Personen unter 18 Jahren und an Betrunkene. Die Namen der Trunkenbolde werden den Wirten und Branntwein-Kleinhandlern durch die Ortspolizei mitgeteilt. — Dana muß jeder, der ein Glas Schnaps trinken will, immer einen gültigen und echten Paß bei sich tragen.

Italien will eine „Chinesische Mauer“ errichten. Im „Popolo d'Italia“, dem Regierungsblatt Mussolinis, ist eine Festschrift eines gewissen F. Brijochi verfaßt, welche die Forderung enthält, ein Gefäß zu errichten, womit die Anhaltbarkeit für deutsche und österreichische Staatsbürger in Südtirol auf 21 Stunden beschränkt werden soll. Begründet wird diese Forderung mit dem Hinweis darauf, daß der Zustrom deutscher Flüchtlinge nach Südtirol den Angliederungsprozess der Südtiroler an Italien verzögere. Der „Popolo d'Italia“ empfiehlt diesen Vorschlag wärmstens, bekräftigt aber darüber hinaus eine Einschränkung der Aufenthaltsgrenze auf zwölf und weniger Stunden. Das italienische Mussolinis kann auf den deutschen Fremdenverkehr verzichten, schreibt das Regierungsblatt. Offenbar soll das eine Antwort sein auf die historische Tatsache, daß im Jahre 1924 aus Deutschland am meisten Fremde nach Italien geschickt sind, nämlich 186.000. England folgt dann mit 122.000. Die Statistik des Jahres 1925 steht noch aus, wird aber höchst wahrscheinlich eine noch größere Ziffer aufweisen. — Soll man lachen oder trauern über dies letzte Ausmaß chauvinistischer Borntheit, das der „Popolo d'Italia“ mit seinem Einleitend lieblich erfüllt?

Die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes.

Berlin. (Funkdruck.) Im Reichstag ist eine Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes in den Jahren 1923 und 1924 zugegangen. Darin wird festgestellt, daß nach den Zeiten der Hungerkatastrophe im Jahre 1921 eine leichere Besserung in der Volksgesundheit eintrat, daß aber die Inflationsjahre 1922 und 1923 einen erheblichen Rückschlag brachten, so daß die fürchterlichen Folgen für den gesamten Volkstörper in bedrohlicher Nähe gerückt zu sein scheinen. Erst von der Ende 1923 erzielten Stabilisierung der Währung konnte eine günstige Wirkung auf den Gesundheitszustand des Volkes erhofft werden. Wirkliche Fortschritte zeigten sich erst 1924. An Sterbefällen wurden im Jahre 1922 in den deutschen Großstädten 219.980 gezählt, im Jahre 1923 210.734 und im Jahre 1924 194.340. Die für 1924 ermittelte Sterbeziffer weist die niedrigste Sterblichkeit auf, die bisher verzeichnet wurde. In den deutschen Großstädten starben im Jahre 1922 etwa 36.600 Säuglinge, im Jahre 1923 32.500 und im Jahre 1924 25.700. Trotz dieser günstigen Ziffern stellt die Denkschrift fest, daß die Ernährung für einen großen Teil des Volkes unzureichend und ferner auch wegen der einseitigen Zufammensetzung vielfach ungewöhnlich ist. Von großen Epidemien ist Deutschland in den Jahren 1923 und 1924 verschont geblieben. Vereinzelt trübte Epidemien, so z. B. die ziemlich ausgebreitete Wasserleitungs-Epidemie in Alfeld (Hannover), die Milchepidemie in Jüterburg und Altona (1923), sowie weitere gehäufte Erkrankungen im Regierungsbezirk Köln und in einigen Orten Sachsens und Württembergs, in Mecklenburg-Schwerin und Livland. Demoid konnten, bevor sie sich in größerem Umfang ausbreiteten, zum Erlöschen gebracht oder örtlich beschränkt werden.

Letzte Funkdruck-Meldungen und Telegramme vom 13. Januar 1926.

Die Fraktionen zur Lage.

Berlin. (Funkdruck.) Wie die Germania mittels, treten um 5 Uhr nachmittags der Reichsparteivorstand desentrums und die Reichstags- und Landtagsfraktionen zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen. Einige Blätter glauben, bereits die Namen der neuen Minister nennen zu können, was jedoch von anderen als reine Kombination bezeichnet wird.

Mitteilungen.

Montag, den 25. Januar 1926, vorm. 10 Uhr im Sitzungssaal der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.

Öffentliche Bezirksauschreibung. Großenhain, am 12. Januar 1926. Der Amtshauptmann.

Das Glasbüttenwert Zeitbain G. m. b. H. plant auf dem von ihm erpachteten Grundstück auf dem vormaligen Truppenübungsplatz in Gebäude Nr. 19 die Glasfabrikation zu eröffnen und zu diesem Zwecke einen Schmelzofen aufzustellen. Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung wird dies mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen, soweit sie nicht auf besonderen Verstoß beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen. Großenhain, am 11. Januar 1926. Amtshauptmannschaft.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 554, die Firma „Roland-Apparatebau Rieba Jüling & Löbe“ betr., eingetragen worden: Die Firma lautet künftig Arthur Löbe in Rieba. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation von Heißwasserapparaten. Amtshauptmannschaft Rieba, am 12. Januar 1926.

Nach § 23 des Kinderschutzgesetzes vom 10. Juli 1925 bilden in jeder Gemeinde die Besitzer zuchtfähiger weiblicher Kinder eine Kinderschutzgenossenschaft. Zur Wahl des Vorstandes derselben laden wir die Besitzer zuchtfähiger weiblicher Kinder zu

Kinderschutzgenossenschaften.

Berlin. (Funkdruck.) Die Mitglieder der Vereinigung Berliner Pantomimen und Pantomimen haben mit sofortiger Wirkung Kinderschutzgenossenschaften beschlossene.

Die Pilsdaktion Rußlands, Finnlands und Estlands im Finnischen Meerbusen.

Berlin. (Funkdruck.) In der Presse ist auf Grund privater Meldungen der Vorwurf erhoben worden, daß sowohl russische wie estnische Seiten den im Finnischen Meerbusen vom Eise eingeschlossenen deutschen Schiffen nicht in genügender Weise Hilfe leistet werde.

Wie aus von unabhängiger Seite mitgeteilt wird, muß festgestellt werden, daß alle in Betracht kommenden Regierungen, d. h. die russische, finnische und estnische, tatkräftig beim Rettungswerk mitwirken.

Unterschiedliche Behandlung deutscher Waren durch die Türkei.

Berlin. (Funkdruck.) Auf Grund eines Beschlusses des türkischen Ministerrates hat das türkische Finanzministerium an die Generalkonsuln eine Anweisung erlassen, die sich auf die Zollbehandlung von Waren aus Ländern bezieht, die noch in keinem Handelsvertragsverhältnis zur Türkei stehen. Deutschland hat mit der Türkei am 18. Dezember vorigen Jahres ein vorläufiges Handelsabkommen abgeschlossen, das sieben Tage nach der Ratifizierung der Ratifikation durch die deutsche Regierung in Kraft treten wird. Dieses Abkommen gewährt Deutschland die Meistbegünstigung. Bis zum Inkrafttreten dieses Abkommens gilt der im Juli vorigen Jahres vereinbarte modus vivendi, wonach Deutschland Anspruch auf die Zolltarifbehandlung der Türkei hat. Die türkische Generalkonsuln sind angewiesen, unter Anwendung des Modus vivendi die Waren aus Deutschland unter Anwendung des Modus vivendi zu behandeln. Die deutsche Regierung erwartet, daß die unterschiedliche Behandlung deutscher Waren sofort aufhört und die von deutschen Waren in Widerspruch zu dem modus vivendi als Tarif erhobenene Unterschiedsbeträge als bald zurückbezahlt werden.

Eine neue Armee für Libanon.

Berlin. Die Morgenblätter melden aus Beirut: General Fakhreddin, der Anführer Libanons, der kurz vor Weihnachten von General Druze abgeholt worden ist, hat eine neue Armee von 40.000 Mann aufgestellt, mit der er im Sommer auf die nur 70 Meilen von Beirut liegende Stadt Damaskus ist.

Generalkonvent zum Neim gefordert.

Kyauhelem. (Funkdruck.) Generalkonvent Neim Neim, der Gründer des Deutschen Wehrvereins und Mitbegründer des Mottensvereins, ist heute hier im Alter von 81 Jahren gestorben.

Zu den Dinaritätsfragen.

Duisburg. (Funkdruck.) Der unter dem Verdacht der Dinaritätsfragen verhaftete Arbeitslose Car leate nach anfänglichem Leugnen ein umfassendes Geständnis ab, in dem er ausführt, an der Dinarität und Verdrängung nicht nur von Noten, sondern auch von falschen inoffiziellen Stempelmarken beteiligt zu sein. Als ebenfalls in die Angelegenheit verwickelt wurde heute in Duisburg der Tabakfabrikant Buchholz aus Bünde festgenommen.

Eisenbahnunfall in Paris.

Paris. (Funkdruck.) Gestern Abend fuhr auf dem Rognon Bahnhof in Paris ein Personenzug auf einen ausfallenden Schnellzug. Die letzten Wagen wurden aus den Gleisen geworfen. Drei Eisenbahnbeamte wurden verletzt.

Zur französischen Seereform.

Paris. (Funkdruck.) Echo de Paris weist darauf hin, daß der oberste Kriegsrat sich am nächsten Freitag mit dem Plan einer Reorganisation des Meeres beschäftigt werden, und erklärt, dieser Plan weiche von den grundlegenden Richtlinien vollständig ab, die Baineve im Oktober vorigen Jahres angearbeitet habe. Er werde jedenfalls innerhalb des obersten Kriegsrates auf starken Widerstand stoßen. Nach den Prüfungen des Planes handelt es sich bei dem Plan um die technische Reorganisation des Meeres.

Ausarbeit in der englischen Baumwollindustrie.

London. (Funkdruck.) Blättermeldungen aus Manchester zufolge beschloß der zuständige Ausschuss der Baumwollindustrie in Lancashire, die Arbeitszeit um einen weiteren Arbeitstag pro Woche einzuführen. Wahrscheinlich wird die Arbeitswoche in der Baumwollindustrie auf 27 1/2 Stunden beschränkt werden. Davon dürften etwa 150.000 Arbeiter betroffen werden.

Daily Telegraph über die Stärke der Besatzungstruppen.

London. (Funkdruck.) Zu seiner Mitteilung über die Stärke der Besatzungstruppen im Rheinland bemerkt der Korrespondent des Daily Telegraph, wenn die Botenkonferenzen dem obigen Beschluß zustimmen, werde deutscherseits beträchtliche Entlastungen herrschen. Die Deutschen beabsichtigen, daß ihnen in Locarno und in London eine weitergehende Zurückziehung der Besatzungstruppen versprochen werden sei. Brand habe, wie verlautet, diese deutsche Auffassung als begründet angesehen, er sei aber anerkennend nicht inkompatibel gewesen, ihre Berücksichtigung in Paris anzufügen.

Kunst und Wissenschaft.

Ottomar Grafing: „Der Glückswagen“, Aufführung der Sächsischen Landesbühne. Die Sächsische Landesbühne, eine Art Städtebühnen, das rund einem Duzend kleinerer Städte zu guter Theaterkunst verhilft (und dieser Kulturdienste halber eigentlich auch vom Staat selbst finanziell unterstützt zu werden verdient), hat erneut ein Bühnenwerk Ottomar Grafings, des in Dresden ansässigen norddeutschen Dichters, eines Volkschriftstellers im höchsten und höchsten Sinne des Wortes, zur Aufzucht gebracht. Döberhan, eines der Spielwaren-

Werkstätten des Graebners, durfte sich des Vorwurfs der ersten Wiedererfindung, und in Würdigung des Graebners waren Theaterfreunde und Besucherwörter auch der näheren und weiteren Markung annehmen. Man mag den Grundgedanken der Kleinkunstkomödie — ein junges Mädchen schenkt einen neuen Lotteriegewinn, der ihr nur Nutzen bringt, dahin, um andere damit abfinden zu machen und selbst ihren Verzeihlichen wiederzufinden — für wenig „seltsam“ und wahrscheinlich erachten; vor dem Kriege hätte man gewiß keinen Aufstoß daran genommen, und wenn man das Stück noch von Vorkriegszeiten aus zu betrachten vermag, so wird man sich an der Gemütsfreiheit der Hauptgestalt, an der vielfach seinen Menschenbeobachtung und an dem teilweise drastischen Humor mancher Szenen von Berlin freuen. Das was dem, wie der fremde Besatz hat es, der den anwesenden Dichter schon nach dem zweiten Akte auf die Bühne rief, bei den Besuchern auch der Fall. Die Wiedererfindung war allerdings trotz der besten Mittel, mit denen das Theater auskommen muß, sehr preisenswert. Das Spiel betonte der äußerst rührende und läbliche Intendant Maximilian Hens, dem auch der wohlwollende Entwurf des Bühnenbildes zu danken war; aus dem Stabe der Mitwirkenden seien nur die Träger der beiden arithmetischen Rollen Marlene Niechert (Franklin) und Franziska Hens-Gilbert (Ihre Mutter) mit Auszeichnung genannt. — n —

Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

Rieser Sportverein e. V. Abteilung für Jugendpflege.

Am kommenden Sonntag sind sämtliche Mannschaften der Abteilung mit Verbandspielen besetzt. Besonders dürfte das Anspiel interessant werden, da hier die Rieser auf ihren schwereren Genossen, die 1. Anaben des Töbeler Sportklubs, treffen. In ersten Spielen konnten die RSV-Anaben noch in letzter Minute ein Unentschieden herausziehen. Die Töbeler verfügen über eine ausgezeichnete und auf durchgebildete Anaben, jedoch die Anaben des Vereins vor einer schweren Aufgabe stehen. Der Sieger ist völlig ungewiss. Das Spiel findet vormittags 12 Uhr auf dem Platz am Bürgergarten statt. Anschließend wird das Treffen

RSV. 1. Junioren — SC. Rostwein 1. Junioren ausgetragen. Die Rostweiner waren in der 1. Runde des einzigen Genossen, welcher dem Juniorensieger ein knappes 1:0 Ergebnis abringen konnte. Die Rieser werden beehrt sein, den Muldeuten das Siegen nicht leicht zu machen. Einen schweren Punktspiel haben die 2. Junioren in Wügel zu befehen. Die dortigen 1. Junioren des SC. Wügel brachten es fertig, vor einiger Zeit den 1. Jun. des SV. Roderau eine knappe Niederlage beizubringen. Der kleine Platz wird wohl auch den Riesern zum Verbängnis werden und eine knappe Niederlage würde nicht überraschend kommen.

Winterport in Tittsee.

Durch die nunmehr wieder eingetretene kalte Witterung wird die Welke des Eisavallons in Tittsee für Sonntag, den 17. Januar als gesichert gelten können. Es liegen bereits zahlreiche Meldungen des Deutschen Eislaufverbandes vor. Am Start dürften der deutsche Meister Volkhard Altona sowie der 500-Meter-Meister Städtler-Berlin bestimmt zu erwarten sein. Im Anlauf werden auch die Berliner mit ihren ersten Kräften vertreten sein. Für Eis-hockey liegen Meldungen u. a. vor vom Berliner Schlittschuhklub und vom Schlittschuh- und Eislaufverein Stuttgart. Es ist guter Sport zu erwarten.

Handel und Volkswirtschaft.

Nachbatterverbot und Brotpreise. Auch die Hessische Industrie- und Handelskammer in Darmstadt hat sich jetzt, dem Beistand der Frankfurter Handelskammer folgend, für die Aufhebung des Nachbatterverbots ausgesprochen, da sich hierdurch eine Verbilligung des Brotes um 6-8 Prozent voraussichtlich erreichen läßt.

Marktberichte.

Künftig festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 12. Januar Getreide und Mehl pro 100 kg, feinst 250 — 256, mittler 230 — 236, grob 210 — 216, Roggen, märkischer 147 — 154, mecklenb. —, pomm. 146 — 153, Gerste, Futtergerste 151 — 165, Sommergerste 183 — 210, Wintergerste 151 — 165, Ocker, märkischer 161 — 172, pomm. —, weipreuss. —, Weiz, loco Berlin —, Waggon frei Hamburg —, Weizenmehl, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (jeinße Marken über Rott) 33,25 — 36,75, Nagermehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 23,00 — 24,75, Weizenkleie, frei Berlin 11,25 — 11,50, Roggenkleie, frei Berlin 9,75 — 10,25, Naps 350 — 355, Peinanz —, Viktoria-Graben 26,00 bis 33,00, kleine Zwiebeln 22,00 — 25,00, Futtererbsen 20,00 — 22,00, Feinbohnen 18,00 — 19,00, Ackerbohnen 19,00 bis 21,00, Wicken 20,00 — 23,00, Lupinen, blaue 12,00 — 12,50, gelbe 14,00 — 15,00, Terradella alte —, neue 18,00 — 19,00, Napskuchen 15,25 — 16,50, Feinstschmalz 23,00 — 23,80, Trockenmilchpulver 8,20 bis 8,30, Soja-Extrat 20,00 — 20,70, Zerkleinerte 80/70 8,20 — 8,40, Kartoffelkosten 14,90 — 15,40.

Verkehrsverein Oberpflanzthal im Erzgeb. Tel. 335, Weiter-Vericht vom 12. Januar 1926, früh.

Temperatur Cels.	Baro: eter Stand:	Wind: richtung:	Schnee: höhe:	Sport-Verhältnisse: Ski Hobei Eisbahn
- 15°	69,5	SB.	i. Tale h. 50cm a. d. Raum h. 80cm	vorzüglich

Anmerkung: Pulverschnee, Raufstreif.

Beschlagnahmefreie Wohnung

3 Zimmer u. Küche i. gut Lage Gröbas sofort an bewohnbar. Leute abzugeben. Näheres durch

Geisler, Gröbas Weitzstraße 8.

Herr oder Dame mit groß. Bekanntheit findet für dauernd auf bezahlten Nebenberuf, M. Tige, Dresden Gabelsbergerstr. 8.

Brillantring verloren. Gegen gute Verlobung abzugeben im Café Central.

Zu verkaufen sofort meine 4-Zimmer-Wohnung (Hilf.) gegen 3 Zimmer Wohnn. in Rieba. Näher. Goethestr. 45, Ober.

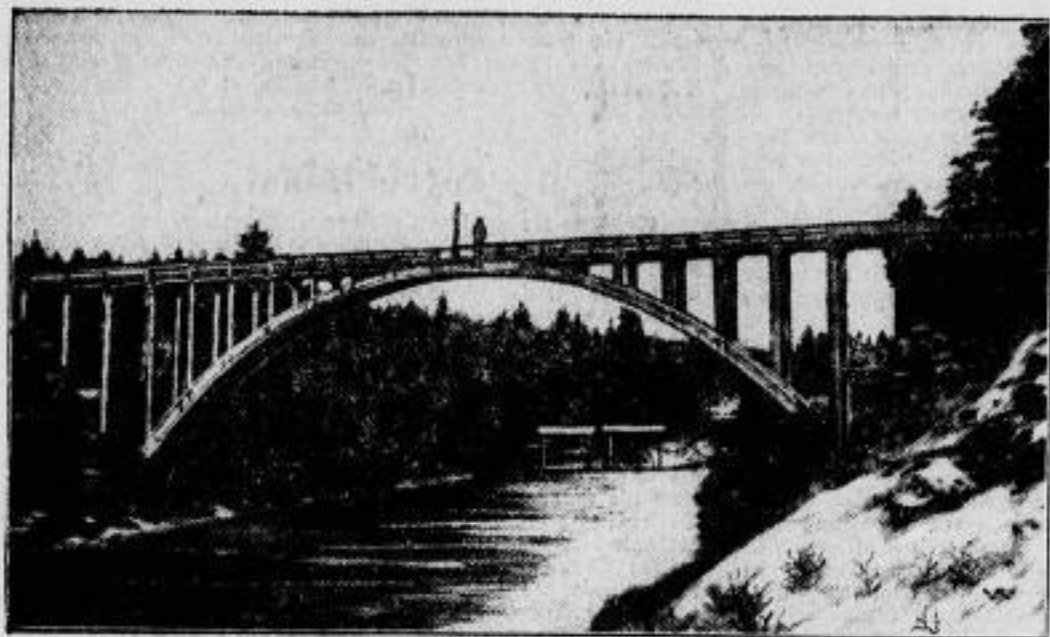
In sehr guter Geschäftslage sind

Geschäftsräume die sich zu Rechtsanwaltsbüros, für Radfahrer etc. oder zum Umbau eines großen Ladens bestens eignen, zu vermieten. Interessenten wollen ihre Adresse schriftlich abgeben u. R 2887 im Tagebl. Rieba.



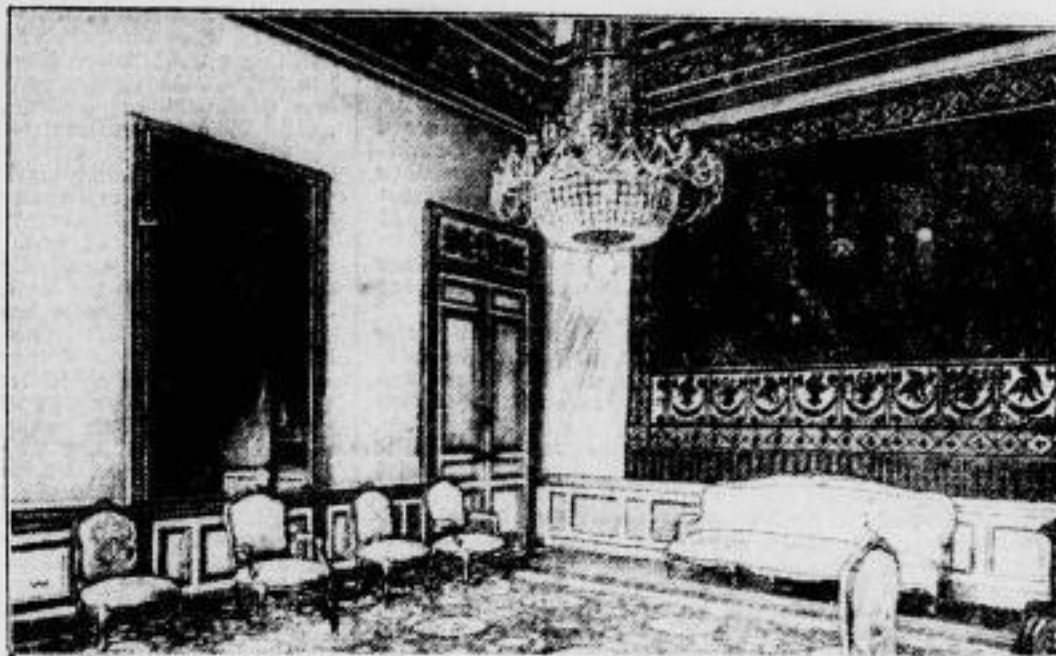
Neue große Fortschritte auf dem Gebiete der Bluttransfusion.

Die Technik der Bluttransfusionen ist durch neue erfolgreiche Versuche namhafter Berliner Mediziner um ein großes Stück vorwärts gekommen.



Die neue Traunfallbrücke.

Die neue Traunfallbrücke, die die zwei Gemeinden Mollham und Tschellbrunn in Oberösterreich verbindet, hat eine Länge von 108 Metern, eine Breite von 7 Metern und erhebt sich in einer Höhe von 28 Metern über dem Wasserpiegel.



Eröffnung eines Internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit in Paris.

In Paris findet am 16. Januar die Eröffnung des Internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit statt, in dem auch Deutschland durch den Austriaprofessor Dr. Schulze-Gaeverniy vertreten ist.

Der Sohn des Millionärs.

Roman von Florence Warden.

1. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Herta hatte geögert, auf Magdalens letzte Bemerkung zu antworten, und es klang einigermassen unsicher und zaghaft, als sie endlich sagte:

„Ich halte Frau Hermann für eine sehr kluge Dame. Aber für jemanden, der ihr so fern steht wie ich, ist es vielleicht etwas schwierig, ihren Charakter und ihre Gesinnung richtig zu beurteilen.“

Trotz der kurzen Dauer ihrer Bekanntschaft hatte Magdalene ein so aufrichtiges Vertrauen und eine so herzliche Zuneigung zu ihrer Gesellschafterin gefaßt, daß sie kein Bedenken trug, sich offen und rückhaltlos gegen sie auszusprechen.

„O ja, sie ist klug, meine liebe Stiefschwester,“ stimmte sie zu, „zu klug vielleicht, als daß man sie lieb gewinnen könnte. Denn alle Fähigkeiten ihres Geistes sind ja nur einer einzigen Aufgabe gewidmet — der Aufgabe, meinen Bruder und mich aus dem Hause und, wenn es sein kann, auch aus dem Hause meines Vaters zu vertreiben.“

„O, das sollten Sie nicht sagen, Fräulein von Rominger! Es ist doch ganz unmöglich, daß jemals etwas derartiges geschehe.“

„Unmöglich? — Ich weiß nicht. — Mein Vater hat eine Lebensanschauung, die nicht ganz frei von Vorurteilen und Einseitigkeiten ist. Und meine Stiefschwester weiß diese Vorurteile sehr geschickt gegen uns auszunützen. Für meine eigene Person habe ich davon ja vielleicht nicht allzuviel zu fürchten; denn ein armes, hilfloses Geschöpf wie mich wird man ja wohl nicht so ohne weiteres auf die Straße setzen. Aber ich zittere für meinen Bruder. Wenn es Mabel gelingt, meinem Vater die Ueberzeugung beizubringen, daß Eberhard ihm Unehre macht, so ist bei der Charakterveranlagung der beiden Männer das Schlimmste zu fürchten.“

Wenn nicht Herta Leuendorff gerade in diesem Augenblick ihren blonden Kopf so tief in den Schatten zurückgebogen hätte, so würde Magdalene unfehlbar das heiße Rot wahrgenommen haben, das sich unter der durchsichtigen Haut ihres Antlitzes verbreitet hatte, seitdem der Person des jungen Freiherrn Erwähnung geschehen war. Sie sah es nicht, aber sie vernahm doch vielleicht den merklichen Klang von Erregung, der in der Stimme der Gesellschafterin zitterte, da sie sagte:

„Aber das wird Frau Hermann niemals gelingen. Und sie wird niemals den Mut haben, eine so unsinnige Verdächtigung auszusprechen.“

„Ich sagte Ihnen schon, mein liebes Fräulein, daß mein Vater diese Dinge anders ansieht, als Sie und ich sie ansehen würden. In seinen Augen kann unter Umständen zum Verbrechen werden, was uns als sehr natürlich oder doch als sehr verzeihlich erscheinen würde. Die besten Jahre seines Lebens sind Jahre harter, entsetzungsvoller Arbeit gewesen, und er hat sich erst Ruhe gegönnt, als er zu alt geworden war, um sich dieser Ruhe in heiterem Lebensgenusse zu erfreuen. Das muß ihn notwendig unerschrocken machen gegen eine Suand, die andres geartet ist

als er. Nach seiner Ueberzeugung ist harte Arbeit das einzige Mittel, einen jungen Mann zur Tüchtigkeit zu erziehen. Er wünscht darum auch meinen Bruder durch diese Schule gehen zu lassen. Und er bedenkt nicht, daß er seinen eigenen Absichten entgegengearbeitet hat, als er Eberhard eine Erziehung gewährte, die ihn zu allem anderen eher vorbereiten mußte als zu einem smarten amerikanischen Geschäftsmann in meines Vaters Sinne.“

„Kann Herr von Rominger wirklich die Absicht haben, etwas Derartiges aus Ihrem Herrn Bruder zu machen?“ fragte Herta fast erschrocken. „Aber er müßte ja blind sein, um nicht bei dem bloßen Anblick seines Sohnes die Unmöglichkeit eines solchen Vorhabens zu erkennen. Ein Mann mit so glänzenden Gaben und Eigenschaften wie Ihr Bruder in einer Neuportier-Offize! — Es ist einfach undenkbar. Und ich glaube, jeder andere an Ihres Vaters Stelle würde glücklich sein, einen so gearteten Sohn das Leben und die Jugend auf seine eigene Weise genießen zu lassen.“

Magdalene seufzte sorgenvoll. „Ich fürchte, daß mein Bruder entschlossen ist, auch ohne besondere väterliche Erlaubnis das Leben auf seine eigene Art zu genießen. Und ich sehe daraus die schlimmsten Mißbilligkeiten entstehen, solange jemand da ist, der ein starkes persönliches Interesse daran hat, meinen Vater in seinen unzulässigen Vorurteilen zu bestärken.“

Die Gesellschafterin hatte, wie es schien, eine rasche Antwort auf den Lippen. Aber sie mußte sich doch noch im letzten Augenblick eines andern besonnen haben, denn sie ließ sie unausgesprochen. Und plötzlich, nach einem sekundenlangen Schweigen, sprang sie heftig aus ihrer knieenden Stellung empor, um sich in fuchstartiger Eile der mit einer spanischen Wand umstellten Tür zuzuwenden, die aus dem Salon der Haustochter in ihr Schlafzimmer führte.

Auch Magdalene hatte den Klang der frischen jugendlichen Männerstimme vernommen, durch den die Gesellschafterin offenbar von ihrer Seite vertrieben wurde.

„Aber so bleiben Sie doch, liebes Fräulein,“ sagte sie mit einiger Verwunderung. „Es ist ja nur mein Bruder, der da kommt.“ Doch die Aufforderung fand kein Gehör. In demselben Augenblick, wo die hochgewachsene, elastische Gestalt des jungen Freiherrn von Rominger in der gegenüberliegenden Türöffnung auftauchte, war die Gesellschafterin hinter der spanischen Wand verschwunden, und es war ein unter diesen Umständen sehr begreiflicher Jertum, wenn der junge Mann übermütig ausrief:

„Gott sei Dank, daß ich dich endlich einmal allein treffe, Schwesterchen! — Man findet ja nachgerade kaum noch eine Möglichkeit, dich anders zu sprechen als in Gegenwart dieser sauerdöppischen Person, dieses wandelnden Bleistifts, die mir mit ihrer Geißelbläse immer vorkommt wie das Gespenst eines jungen Mädchens!“

Er hatte es lachend und beinahe überlaut gesprochen, ohne das verzweifelte Gebärdenpiel seiner Schwester zu verstehen. Erst als sie mit einer heftigen Kopfbewegung gegen die spanische Wand hindeutete, fing er an zu begreifen. Er tat ein paar rasche Schritte nach jener Richtung und kam eben noch zurecht, um zu sehen, wie sich die

zweite Tür des Schlafzimmers hinter einem schlanken weiblichen Wesen schloß, das nach Lage der Dinge niemand anders sein konnte als die junge Dame, von der er eben in so ungalanten Bildern und Vergleichen gesprochen.

2. Kapitel.

Man konnte sich kaum ein drohigeres Erschrecken und eine knabenhaftere Zerknirschung vorstellen, als sie sich bei seiner fatalen Entdeckung auf Eberhard von Romingers hübschem frischen Gesicht ausprägte. Während er mit geklemmtem Kopfe an das Ruhebett seiner Schwester zurückkehrte, sagte er mit einer jetzt überflüssigerweise bis zum leisesten Flüstern gedämpften Stimme:

„Es ist doch etwas Schreckliches um diese Gouvernanten und Gesellschafterinnen, die immer gerade da sein müssen, wo man sie am wenigsten erwartet und gewünscht hat. Sie bringen einen in tausend Berlegenheiten, und man darf zuletzt nicht einmal mehr im engsten Familienkreise wagen, den Mund aufzutun.“

„Wenn es so ist, haben die armen Geschöpfe selbst jedenfalls am härtesten darunter zu leiden,“ sagte Magdalene sanft. „Und niemand hätte mehr Anspruch auf eine rücksichtsvolle Behandlung als Fräulein Leuendorff. Ich habe nie einen lebenswürdigeren Menschen um mich gehabt als sie. Und ich kann mir in der Tat kaum noch vorstellen, was ich ohne sie anfangen sollte.“

Just weil er solchen Worten gegenüber die Größe seiner Schuld um so tiefer empfand, gab Eberhard einer Regung des Trostes nach, die sich gegen den wohlverdienten Tadel aufschobte:

„Aber du wirst doch zugeben müssen, Schwesterchen, daß ich im Grunde durchaus nicht zu viel gesagt habe. Wenn Fräulein Leuendorff dir gegenüber ein lebenswürdiges Wesen ist, so versteht sie sich jedenfalls meisterlich auf die Kunst, anderen gegenüber diese Lebenswürdigkeit zu verbergen. Wenn ich geäußert habe, daß sie sauerdöppisch ist, so kann ich nach meinen Erfahrungen zu meinem Bedauern keine Silbe davon zurücknehmen. Und was die harmlos gemeinten Bemerkungen über ihre äußere Erscheinung betrifft —“

„So hast du ihr auch damit großes Unrecht getan, mein lieber Eberhard! — Wenn sie sich besser anzöge, und wenn sie etwas mehr Farbe hätte, würde sie weder wie ein Bleistift noch wie ein Geißt aussehen, sondern im Gegenteil ein allerliebtestes Mädchen sein. Ihre sauerdöppische Miene im Verkehr mit Fremden aber darf man ihr wohl kaum zum Vorwurf machen. Was ihr das Leben bisher geboten hat, war nicht danach angelegt, sie heiler und mittelstam zu machen. Sie war Lehrerin in den Unterklassen einer ländlichen Volksschule, ehe sie zu uns kam, und hat jahrelang ohne jeden Verkehr mit Menschen leben müssen, die ihr an Bildung und an Denkungsart ebenbürtig waren.“

„Um so mehr Veranlassung hätte sie doch leicht, oergnügt zu sein,“ beharrte er eigenfönnig, indem er sich in einen Armstessel neben der Chaiselongue niederließ. „Jetzt, wo ihr das Glück zuteil geworden ist, in enger Gemeinschaft mit dem Klügsten, Besten und zartfönnlichsten aller menschlichen Geschöpfe zu leben.“

Politische Tagesübersicht.

Keine Verchiebung des vorbereitenden Ausschusses für Abrüstung. Dem Generalsekretär des Völkerbundes ist ein Gehalt um Verchiebung des Zeitpunktes des Zusammentritts des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz bis zur Stunde nicht bekannt geworden.

Eine portugiesische Kommission für Kolonialfragen. Die portugiesische Regierung ernannte eine technische Kommission, um eine Antwort auf den Protokollvorschlag des Lord Cecil an den Völkerbund über Kolonialfragen auszuarbeiten.

Eröffnung des schwedischen Reichstages. Der schwedische Reichstag wurde gestern vom König feierlich eröffnet. In der Thronrede wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Schweden durch seine Zugehörigkeit zum Völkerbundsrat immer noch an der Politik der Verständigung mitwirken darf, die im vorigen Jahre die ersten Erfolge aufzuweisen hat.

Ein deutscher Rechtsanwalt in Südtirol verurteilt. Der Rechtsanwalt Dr. Roldin wurde in der gestrigen Verhandlung vor dem Gericht in Trient wegen Beamteneidverletzung zu einer Haftstrafe von 3 Tagen Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 500 Lire verurteilt.

Keine weiteren Rücktransporte aus Marokko. Der Vorsitzende des Verbands der französischen Kamer, der Oberst Girod, hat auf Anfrage im Kriegsministerium die Antwort erhalten, daß angesichts der gegenwärtigen militärischen Lage in Marokko eine weitere Rückbeförderung von Truppen nach Frankreich nicht möglich sei.

München gegen Gemeindebestimmungsrecht und Trockenlegung. Wie aus München gemeldet wird, beschäftigte sich der Münchener Stadtrat mit der Angelegenheit des Gemeindebestimmungsrechts. In der Aussprache bezeichnete der Bürgermeister Dr. Küster das Gemeindebestimmungsrecht als eine ungeliebte Form der Alkoholbekämpfung. Wegen der Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten wurde ein Beschluß gefaßt, in dem der Stadtrat München ein Gemeindebestimmungsrecht in der Alkoholfrage als zwecklos ablehnt. Ingleich spricht er auch seine Ablehnung gegen die evtl. geplante Einleitung der Trockenlegung Deutschlands aus und erwartet bessere gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Jugend gegen die Gefahren des Alkohols. Dieser Beschluß wird der Reichsregierung und dem Reichstag zur Kenntnis gebracht werden.

Besserung im Weltmarkt. Nach einer Neuterminierung aus Rom von gestern Abend macht das Befinden Chamberlains befriedigende Fortschritte.

Der englische Botschafter in Berlin. Daily Express will wissen, daß der britische Botschafter in Konstantinopel, Sir Ronald Lindsay, zum Nachfolger von Viscount d'Abernon als Botschafter in Berlin ausersehen sei.

Einspruch des Danziger Senats gegen die polnische Zollregelung. Das polnische Finanzministerium hat durch eine am 21. Dezember 1925 bei allen Zollämtern eingegangene Verfügung ein neues Formular für Einfuhrzollreklamationen eingeführt und seine Verwendung vom 2. Januar 1926 an vorgeschrieben. Durch das damit verbundene Verfahren wird der Dienst der Zollämter und zugleich die Deklarationsarbeit der Zollpflichtigen, insbesondere der Seefahrer und Schiffsmakler, ganz erheblich erschwert, so daß nicht nur eine Vermehrung der Beamten notwendig wird, sondern auch den Expedienten und Schiffsmaklern eine fast untragbare Last erwächst. Der Senat ist wegen dieser Belastung an die polnische Regierung herangetreten und hofft, daß sie sich von der Undurchführbarkeit dieser Forderung überzeugen lassen wird.

Politische Zusammenstöße. In politischen Zusammenstößen kam es am Sonntag Abend in Duisburg zwischen Jungmannschaften des Antifaschistenbundes und roten Frontkämpfern. Anlässlich einer Feier, bei der General Frontbach eine Rede des Antifaschistenbundes hielt, entstand eine größere Schlägerei in der Weststraße, an der sich etwa 300 Personen beteiligten. Binnen kurzem gab es eine Anzahl Verwundeter, deren Verletzungen von Städt.

Magdalene verfehlte ihm scherzend einen Schlag auf die Hand, aber in dem Witz, mit dem sie dabei zu ihm aufschau, offenbarte sich die ganze Fülle von Liebe und Särtlichkeit, die sie für ihren schönen Bruder hegte.

„Willst du es am Ende auch noch mit mir verderben, du dreister Schmeichler? — Aber angenommen selbst, ich wäre etwas von alledem, was du mir da nachsagst, würdest du es nicht sehr begreiflich finden, daß die Persönlichkeiten des Vaters und Wabels sie mit einiger Scheu erfüllen?“

„Ja, das begreife ich allerdings,“ gab er im Tone ooller Aufrichtigkeit zu. „Namentlich, was Wabel anbetrifft. Sie ist, bei Gott, das abscheulichste und abscheulichste weibliche Wesen, das mir je im Leben begegnet ist.“

„Schäm dich, Eberhard! — Sie ist doch deine Schwester.“

„O, Wablon — meine Stiefschwester. Das ist doch etwas ganz anderes als eine Schwester, zumal wenn sie, wie es scheint, alle angenehmen Eigenschaften ihres Charakters nicht vom Vater, sondern von ihrer amerikanischen Mutter geerbt hat.“

„Laß uns nicht weiter von ihr sprechen, Liebster! Es gibt ja im Augenblick etwas so viel Interessanteres, worüber wir reden können. Du weißt doch, daß wir binnen kurzem alle miteinander nach dem Süden gehen werden?“

In Eberhards Zügen spiegelte sich das lebhafteste und, wie es schien, freudigste Erlaunen.

„Nichts weiß ich. Der Vater erachtet es ja niemals als der Mühe wert, mich früher als im letzten Augenblick von seinen Absichten zu unterrichten.“

„Er konnte es wohl kaum früher tun, denn erst gestern Abend während deiner Abwesenheit wurde der Plan gefaßt. Der Medizinalrat hielt es für durchaus notwendig, daß ich den Winter an der Riviera zubringe, und weil der Vater mich nicht allein gehen lassen will, hat er verfügt, daß wir alle für die nächsten Monate dahin übersiedeln.“

„Ohne Zweifel eine der vernünftigsten Verfügungen, die ich je von ihm erlebt habe. An die Riviera? Also hoffentlich doch nach Cannes oder einem der benachbarten Kurorte? Damit man hier und da einen kleinen Ausflieger nach Nizza und Monte Carlo machen kann.“

„Nach Monte Carlo? — Das ist nicht dein Ernst, nicht wahr?“

„Und warum sollte es nicht mein Ernst sein, Schwesterchen?“ fragte er lachend zurück. „Man ist doch kein Frosch, daß man sich so angenehme Dinge nur von draußen ansehen sollte, wenn man schon einmal an der Schwelle steht.“

„Du wirst dich allerdings damit begnügen müssen, sie von draussen anzusehen, Eberhard — denn als gestern der Reiseplan besprochen wurde, ist davon ausdrücklich die Rede gewesen.“

„Ah, man hat mir also wieder einmal die Ehre erwiesen, sich hinter meinem Rücken mit meiner unbedeutenden Person zu beschäftigen! — Und was, wenn ich

leben und Gummiknäueln verrichten. Ein Anhänger einer Reichsorganisation wurde ins Krankenhaus gebracht. Nach kurzer Zeit war die Straße gesäubert.

Oesterreichische Fragen.

Die Genfer Beschlüsse. — Abbau der Finanzkontrolle. — Die Oesterreich-österreichischen Umrisse an den Staatsorganen. — Die Arbeitslosigkeit. — Die Auswanderung aus Oesterreich. — Wien, im Januar 1926.

Die letzten Ereignisse, welche die Oesterreichische Öffentlichkeit beherrschten, sind ungewisslich die Genfer Beschlüsse gewesen, deren Wortlaut und Tenor bereits als bekannt vorausgesetzt werden dürfen. Es fragt sich nur, ob die Resolutionen des Finanzkomitees einen Erfolg bedeuten. Politisch vielleicht insofern, daß der Völkerbund die parlamentarischen Beschlüsse über die Bedingungen der Kontrollbeendigung angenommen hat; es können nunmehr die Septemberbeschlüsse, welche die Beendigung der Kontrolle zusagen, in Vollzug gesetzt werden. Inwiefern man nun wird gehen; aber sein Witz wird wirksam, der Berater der Nationalbank bleibt. Die wichtigste Frage, die Verwendung der Kreditreste, ist noch ungelöst. Eine Summe von 40 Millionen Louay oder 240 Millionen Oesterreichischer Schillinge ist für die Bedürfnisse Oesterreichs zu verwenden. Wird hier der Fiskus, werden Privatinteressen, wird die Nationalbank ihre Interessen zuerst wahren? Jedenfalls werden die Kreditreste flüssig auf einem Spezialkonto von einer durch das Finanzkomitee zu ernennenden Persönlichkeit zu verwenden sein, soweit es sich nicht um Ausgaben im Rahmen des Budgets oder zu welchen Zwecken immer handelt, die das Finanzkomitee zeitweilig genehmigen kann. Daß hierbei das System zeitweiliger Vorläufe aus dem für zeitweilige Veranlagungen verfügbaren Beträge fehlerhaft werden soll — der Vertreter in Wien kann Vorläufe auf Verlangen bis zu zehn Millionen Goldkronen bewilligen — ist nun einmal hinzunehmen. Es wird, volkswirtschaftlich gesprochen, von dem Ernst und der Strenge im Staatshaushalt abhängen, welche Weiterentwicklung die Dinge nehmen werden.

Ein anderes Moment, das seit kurzem Unruhe verursacht und trotz aller amtlichen Dementis nicht dazu beiträgt, Sorgen zu verstreuen, sind die verschiedentlich geäußerten Nachrichten über gewisse Absichten sowohl Jugoslawiens auf Kärnten wie Italiens auf Tirol. Die Falschheit der durch angebliche Oesterreicher — in Wahrheit handelt es sich um verkappte italienische Militärspione — ziemlich unabweislich betriebenen Auswanderung von Tirol bis Ausdruck, läßt immerhin gewisse Zweifel an der Befähigung der Oesterreicher aufkommen. Die in jugoslawischen wie in italienischen Blättern offen verlautbarten Aufstellungspläne zwingen entschieden zur größten Wachsamkeit, obwohl es andererseits geradezu lächerlich erscheint, daß Oesterreich mit seiner Handvoll Wehrmänner einem Einsatz zweier Staaten Widerstand leisten könnte.

Wittert man in Italien einen neuen Andreas Döfer? Zu verwundern wäre es ja nicht, wenn der Witz von anno 1869 wieder erwachte. Ist unter solchen Umständen das Anwachsen des Ausflusses aus Oesterreich nicht allzu begreiflich? Der Völkerbund schweigt sich aus — aber Oesterreich kann dazu nicht schweigen, selbst auf die Gefahr hin, die Ungnade des Herrn Mussolini zu ernten. Italien schmärmt von einer „Wacht am Brenner“, als ob Oesterreich etwa die Absicht oder die Möglichkeit hätte, Italien mit Krieg zu überziehen! Jedenfalls tragen die täglich aufschwirrenden Gerüchte nicht dazu bei, das arme Oesterreich endlich einmal an seine wahre Sanierung denken zu lassen, die doch in erster Hinsicht Frieden von außen her zur Voraussetzung hat.

Dazu gesellen sich die immer wieder auftauchenden Gerüchte über geheime Pläne von Albrecht Hasdörfer und von einer Wiederaufrichtung des Königums in Ungarn, von einer Putschabsicht des jungen Otto und der Kaiserin Rita — kurz, der Hexenkessel brodeln und zischt und Oesterreich soll sich dabei auf die Weine heffen. Eine

fragen darf, hat man bei der Gelegenheit über mich geschlossen?“

„Der Vater erklärte sehr entschieden, daß er dir unter keinen Umständen gestatten würde, auch nur ein einziges Mal nach Nizza oder gar nach Monte Carlo zu gehen. Und in Wabels Zügen konnte ich dabei deutlich die hoffte Zuversicht lesen, daß du dies Verbot mißachtet würdest.“

„O, ich kann mir ihr Gesicht vorstellen, wie wenn ich sie lebhaftig vor mir sähe. Aber es mag schon sein, daß sie diesmal mit ihrer Erwartung recht behält. Ich bin doch kein kleines Kind mehr, das sich immer noch gehoriam am Gängelband führen lassen müßte.“

„Ich kann dir recht gut nachfühlen, daß du es so ansehest. Aber schließlich mußt du doch vernünftigerweise den Verhältnissen Rechnung tragen, wie sie nun einmal sind. Du kennst die Anschauungen des Vaters, und du weißt, daß er wegen deiner Weigerung, nach Neuport zu gehen, ohnehin nicht allzugut auf dich zu sprechen ist. Solange du dich nicht entschließen kannst, diesen seinen Lieblingswunsch zu erfüllen, mußt du schon darauf bedacht sein, alles zu vermeiden, was ihn noch mehr gegen dich aufbringen könnte.“

„Aber das ist doch geradezu lächerlich. — Glaubst du etwa, daß er sich in meinem Alter ein solches Verbot hätte gefallen lassen?“

„Der Vergleich paßt wohl nicht trecth, mein lieber Eberhard — ganz abgesehen davon, daß unser Großvater sicherlich etwas von Monte Carlo gewußt hat. — Der Vater würde dir auf solchen Einwand mit einiger Berechtigung antworten können, daß es für ihn solcher Verbote nicht bedurft hätte. Du hast ja aus seinem eigenen Munde gehört, wie er deinen Widerstand gegen seine Neuporter Pläne deutet. Es ist deine vermeintliche Bergnügungslust und deine Scheu vor jeder ernsten Arbeit, die er dafür verantwortlich macht.“

„Weil unsere liebe Stiefschwester ihm diese Auffassung eingeblasen hat!“ fuhr Eberhard heftig auf. Magdalene aber legte begütigend die Hand auf seinen Arm.

„Sie wird ihn darin bestärkt haben — gewiß! — Aber nach seinen Anschauungen konnte er selber wohl kaum eine andere Erklärung finden.“

„Als wenn es irgendeinen Sinn hätte, daß ich mich in Neuport einer Arbeit unterziehe, für die ich absolut nicht tauglich! Und am Ende — was hat meine Weigerung mit der unvernünftigen Besorgung zu schaffen, die ich mir jetzt gefallen lassen soll? — Ich weiß ja, daß es unmöglich ist, mit dem Vater vernünftig und ruhig über diese Dinge zu reden — unmöglich wenigstens für mich. Denn ich kann nicht ruhig bleiben, wenn er mich wie einen Knaben behandelt und wenn er mir seine eigenen Überleben und verdächtigten Anschauungen aufzwingen will. Du aber, liebe Magdalene, könntest ihm vielleicht gelegentlich in deiner sanften, unwillkürlichen Weise begreiflich machen, daß es zugleich unwürdig und töricht ist, von einem erwachsenen Menschen Dinge zu verlangen, die gegen seine Natur sind. Wenn wir arm wären und wenn für mich

berant beunruhigte Bevölkerung kann wenig Freude an der Arbeit haben, die dennoch einzeln und allein Rettung verschaffen kann.

Beim Kapitel Arbeit kann man über dessen traurige Schicksale, die Arbeitslosigkeit, nicht gut hinwegkommen. Die Zahl der Arbeitslosen hat von Mitte Oktober bis Anfang Dezember um 35 000 Köpfe zugenommen, die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Oesterreich beträgt derzeit gegen 200 000, wovon die Hälfte auf Wien entfällt. In dieser traurigen Statistik der Arbeitslosen findet die allgemeine Wirtschaftskrise ihren schmerzlichen Ausdruck. Die Arbeitslosenunterstützung erhöht die Lohnsumme, der Aufwand für die Arbeitslosenunterstützung muß zu den Produktionskosten geschlagen werden, wodurch wieder die Produktion selbst verteuert und die Konkurrenzfähigkeit eingeschränkt wird. Das Gleiche gilt natürlich von der Absatzfähigkeit. Gemäß ist dies keine nur Oesterreichische Erscheinung — die Genbung der europäischen Wirtschaft wäre die erste Voraussetzung für die Lösung der Arbeitslosenfrage überhaupt — aber Oesterreichs Progenität an Arbeitslosen ist bedenklich, wenn man die Gesamtbevölkerung von 8 Millionen berücksichtigt.

Damit im Zusammenhang steht auch die Auswanderungsfrage. Die Zahl der Auswanderer hat in Oesterreich im Monat Oktober die Höhe von 670 Personen erreicht, wovon 454 auf Brasilien entfielen, 68 auf die Vereinigten Staaten von Amerika und Argentinien, der Rest verteilt sich auf kleinere Gebiete. Jedenfalls möchte man in den ersten drei Vierteljahren des Jahres 1926 an 2610 Auswanderer, von denen 1288 allein auf Brasilien entfielen. Oesterreich, das im Innern nach wie vor auch an der immer noch nicht geklärten Beamtenfrage leidet, hat wahrhaftig schwere Sorgen zu tragen, von denen es niemand befreien will. Es selbst zu befreien, gewiß der beste Weg, ist Oesterreich aber so lange nicht fähig, als Industrie und Handel nicht aufkommen — und hierzu bedarf es Geld und Zollvereinfachungen. Vorläufig aber leben die Nachfolgestaaten auf Kosten des geschwächten Oesterreichs. Auf die Weiterentwicklung der Dinge in Oesterreich kann man jedenfalls gespannt sein.

Dank Schaffelhofer.

Gerichtssaal.

Größere Unregelmäßigkeiten wurden im Herbst vorigen Jahres im Bereiche der Reichsbahnverwaltung Dresden, und zwar in der Güterabfertigung Dresden-Alttstadt, aufgedeckt. Es drehte sich um Unterstellungen, die bereits seit Jahren verübt worden sind und in die drei Beamte, die teilweise bis zu vierzig Dienstjahren hinter sich hatten, verwickelt waren. Wie aus den damaligen Presseberichten zu entnehmen war, betrug die unterlagene Summe rund fünfzigtausend Reichsmark. Das gemeinsame Schöffengericht Dresden mußte sich jetzt in einer vielstündigen Sitzung mit vorgenannten Verfestungen befassen. Wegen Gefährdung der Staatssicherheit bezw. des Reichsinteresses fand die Verhandlung vollkommen unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Sogar die Personalien der drei Angeklagten wurden hinter verschlossenen Türen erörtert. Dieser Termin endete nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme mit der Verurteilung aller drei Beschuldigten, von denen der Eisenbahnverkehrsleiter Kurt Dörfling zu zwei Jahren Gefängnis und dreifährigem Ehrenreueverbot, der Eisenbahnverkehrsleiter Alfred Bachmann zu acht Monaten und der Eisenbahnangestellte Fritz Gustav Ernst Geisler zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Wegen der Strafhöhe erhob das Gericht bei erkrankten Angeklagten am Schluß der Verhandlung Haftbefehl.

(R-g.)

Ueberschwemmung in Mexiko.

Paris. (Funkpruch.) Nach einer Blättermeldung aus Mexiko sollen durch die Ueberschwemmung im Staate Nayarit etwa 20 Ortschaften zerstört und 7000 Personen ums Leben gekommen sein.

trgendeine Notwendigkeit vorläge, um des Broterwerbs willen einen Beruf zu ergreifen, so würde ich gewiß nicht zögern, wie widerwärtig auch immer mir dieser Beruf sein möchte. Aber sol — Wir sind nicht arm, und es hat nicht die geringste praktische Bedeutung, ob unser Vermögen sich in zehn oder schon in fünf Jahren verdoppelt.“

„Das Vermögen unseres Vaters — willst du sagen,“ unterbrach ihn Magdalene mit einer Betonung, die er unmöglich mißverstehen konnte. „Du darfst doch nicht vergessen, Eberhard, daß das vorderhand noch einen gewaltigen Unterschied bedeutet, und daß du nicht gut daran tust, mit dem Vermögen des Vaters bereits wie mit dem deinigen zu rechnen.“

Der tiefe Ernst ihrer Rede und der sorgenvolle Ausdruck ihres blassen Gesichts hatten den jungen Mann für einen Moment sichtlich betroffen gemacht.

„Wie soll ich das verstehen, Liebding!“ fragte er nach einem kurzen Schweigen. „Hältst du es etwa für möglich, daß der Vater seine Hand von mir abziehen und mich sozusagen in die Armut hinausstößen könnte, nachdem er mich zu nichts anderem erzogen hat als dazu, ein Millionärsohn zu sein?“

„Es gibt in dieser Hinsicht nichts, das ich für ganz unmöglich hielte, Eberhard! Vielleicht kenne ich den Vater in der Tat besser als du. Er ist nicht der Mann, der sich leicht noch zu anderen Ansichten bekehren ließe. Und dieselbe eiserne, unbeeugliche Energie, der wir die Annahmlichkeiten unseres Wohlstandes verdanken, er könnte sie eines Tages auch uns fähig lassen, wenn wir uns gegen ihn auflehnen und seine Pläne durchkreuzen wollten.“

„Uns — sagst du? Von dir kann dabei doch nicht wohl die Rede sein. Denn davon, daß der Vater dich von Herzen liebt, bin ich fest überzeugt.“

Aber Magdalene wiegte wie im Zweifel den Kopf. „Ich möchte nicht allzu fest auf seine Liebe bauen, wenigstens nicht, solange Wabel imstande ist, ihren Einfluß auf ihn geltend zu machen. Sie weiß ihn zu behandeln und seinen Eigenheiten mit einer Selbstverleugnung zu schmeicheln, deren wir beide niemals fähig sein würden. All ihr Bemühen geht dahin, ihn bei jedem, auch dem kleinsten Anlaß fähig zu lassen, daß sie eines Blutes und eines Stammes mit ihm ist, daß ihr Charakter nichts anderes ist als eine weibliche Wiederholung des seinigen. Uns aber, uns hat sie ihm längst als Wesen verbächtigt, die ihm ungleich sind, die andere Ziele und andere Interessen haben als er, und die von der stillen Sehnsucht erfüllt sind, sich seiner Herrschaft zu entziehen.“

„Wenn sie nichts anderes getan hat als das, so würde ich nicht das Herz haben, sie eine Verleumderin zu nennen. Denn das alles ist ja leider die volle Wahrheit. Und daß wir andere Lebensziele und andere Interessen haben als der Vater, hat nicht er selbst die Verantwortung dafür zu tragen? Er hätte mich nicht auf deutsche Hochschulen schicken dürfen, wenn er erwartete, daß mein Gesichtsfreis niemals über den eines Sonntagschullehrers aus einem amerikanischen Vorle hinausgehen sollte.“